

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 32/3 (2005)

DOI: 10.11588/fr.2005.3.45382

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Zur Forschungsgeschichte und Methodendiskussion

REINER MARCOWITZ

VON DER DIPLOMATIEGESCHICHTE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Methoden, Themen, Perspektiven einer historischen Teildisziplin*

Erstaunliches hat sich in den letzten gut zehn Jahren in der deutschen wie der internationalen Geschichtswissenschaft getan: Die Zunft besinnt sich wieder auf die Erforschung der internationalen Beziehungen¹, und mancher Vertreter dieser Richtung wittert bereits

* Zugleich Besprechung von Eckart CONZE, Ulrich LAPPENKÜPER, Guido MÜLLER (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln (Böhlau) 2004, 295 S.; Jost DÜLFER, *Europa im Zeichen des Ost-West-Konflikts 1945–1991*, München (Oldenbourg) 2004, 304 S. (Oldenbourg Grundriß der Geschichte, 18); Michael ERBE, *Revolutionäre Erschütterung und erneuertes Gleichgewicht. Internationale Beziehungen 1785–1830*, Paderborn (Ferdinand Schöningh) 2004, XVI, 443 S. (Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen, hg. von Heinz DUCHHARDT und Franz KNIPPING, 5); Peter KRÜGER, Paul W. SCHROEDER (Hg.), in cooperation with Katja WÜSTENBECKER, »The Transformation of European Politics, 1763–1848«. Episode or Model in Modern History?, Münster (LIT) 2002, 356 S. (Forschungen zur Geschichte der Neuzeit, 5).

1 Im folgenden meint internationale Beziehungen das Handeln staatlicher und nicht-staatlicher Akteure – also auch das, was teilweise als transnationale Beziehungen separiert wird, – im internationalen Umfeld, Internationale Beziehungen hingegen die entsprechende historische Teildisziplin. Letzterer Begriff wird hier statt verschiedener konkurrierender Bezeichnungen benutzt, weil er ein breites Bedeutungsfeld abdeckt, das nicht nur das Handeln politischer Akteure und deren Inhalte erfaßt, sondern jedwede internationale Aktivitäten von Staaten, gesellschaftlichen Gruppen oder nichtstaatlichen Organisationen samt ihren jeweiligen vielfältigen Abhängigkeiten, einzelnen Bedingungsfaktoren und wechselseitigen Verflechtungen. Alternative Bezeichnungen sind entweder – wie Außenpolitik- oder Diplomatiegeschichte – veraltet und ideologisch belastet oder – wie Internationale Politik oder Internationale Geschichte – mißverständlich und zu eng gefaßt: Der politikwissenschaftliche Terminus Internationale Politik meint im engeren Sinne zwischenstaatliches Handeln; Internationale Geschichte hingegen ist ein Begriff, der zwar in den letzten Jahren vereinzelt innerhalb der Geschichtswissenschaft benutzt wurde – im hier gemeinten Sinne des Begriffs Internationale Beziehungen (vgl. Geleitwort zur Reihe »Internationale Geschichte«, hg. v. Wilfried LOTH u. a., erstmals in Bd. 1: Gerhard Th. MOLLIN, *Die USA und der Kolonialismus. Amerika als Partner und Nachfolger der belgischen Macht in Afrika 1939–1965*, Berlin 1996, S. 13 und Wilfried LOTH, Einleitung, in: DERS., Jürgen OSTERHAMMEL [Hg.], *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000 [Studien zur internationalen Geschichte, 10], S. XI). Er hat sich aber fachübergreifend nicht durchgesetzt, während der Ausdruck Internationale Beziehungen nicht nur eine ausreichende begriffliche Spannbreite besitzt, sondern auch die notwendige interdisziplinäre Anschlußfähigkeit, insbesondere zur Politikwissenschaft, sicherstellt (vgl. Jürgen HARTMANN, *Internationale Beziehungen*, Opladen 2001, S. 9f.; Reinhard MEYERS,

»Morgenluft«². Erstaunlich mutet das deshalb an, weil dieser Bereich seit Jahrzehnten als obsolet galt. Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland hatte in den 1960er und 1970er Jahren ein Paradigmenwechsel stattgefunden – weg von der bis dahin dominierenden, stark akteurszentrierten politischen Geschichte, hin zur strukturorientierten Gesellschaftsgeschichte. Damit war auch der zunehmend kritisierte Primat der Außenpolitik beendet, der die deutsche Historiographie seit ihren wissenschaftlichen Anfängen im 19. Jahrhundert geprägt hatte³. Zwar galten die vehementen Angriffe oft genug einem Popanz – die deutsche Geschichtswissenschaft hat sich selbst in der Hochzeit des Borussozentrismus und ihrer Selbstvergewisserung als nationale Legitimationswissenschaft nie nur der Erforschung zwischenstaatlicher Beziehungen gewidmet, erst recht war ihrem Ahnvater Leopold von Ranke die außenpolitische Fixierung manches späteren (Neo-)Rankeaners fremd⁴. Doch zweifellos beanspruchte die Untersuchung der internationalen Einbettung des deutschen Nationalstaats seit der kriegerischen kleindeutschen Reichsgründung 1871

Grundbegriffe und theoretische Perspektiven der Internationalen Beziehungen, in: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.), Grundwissen Politik, Bonn ³1997, S. 313–434). Im übrigen sollte diese Begriffsdiskussion nicht dogmatisch geführt werden.

- 2 Ulrich LAPPENKÜPER, Morgenluft für die Internationalen Beziehungen in der Geschichtswissenschaft, in: NPL 43 (1998) S. 368–373.
- 3 Zu diesem Primat, aber auch seiner Relativität vgl. Gerhard Th. MOLLIN, Internationale Beziehungen als Gegenstand der deutschen Neuzeit-Historiographie seit dem 18. Jahrhundert. Eine Traditionskritik in Grundzügen und Beispielen, in: LOTH, OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. 3–30; Lutz RAPHAEL, Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien. Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003, S. 66–80; Hans-Ulrich THAMER, Politische Geschichte, Geschichte der Internationalen Beziehungen, in: Richard VON DÜLMEN (Hg.), Das Fischer Lexikon Geschichte, Frankfurt a. M. ²1994, S. 52–65 und Siegfried WEICHLIN, Politische Geschichte, in: Stefan Jordan (Hg.), Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart 2002, S. 38–241. Vgl. auch Eckart CONZE, Nationale Vergangenheit und globale Zukunft. Deutsche Geschichtswissenschaft und die Herausforderung der Globalisierung, in: Jörg BABEROWSKI u. a., Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte, Stuttgart 2001, S. 43–365.
- 4 Erinnert sei hier pars pro toto noch für die Zeit des Kaiserreichs an den prominenten Verfassungs- und Verwaltungshistoriker Otto Hintze (Die Hohenzollern und ihr Werk, Berlin 1915; vgl. Gerhard Oestreich, Die Fachhistorie und die Anfänge der sozialgeschichtlichen Forschung in Deutschland, in: HZ 208 [1969] S. 320–363, der auch auf die starke Präsenz sozialhistorischer Forschung in »Vorlesung und Geschichtsschreibung, Lehre und Forschung« [ebenda, S. 340] an deutschen Universitäten um die Jahrhundertwende hinweist, sowie Manfred RESSING, Zur Methodologie und Geschichtsschreibung des preußischen Historikers Otto Hintze, Frankfurt a. M. u. a. 1996) und die Begründung der politischen Ideengeschichte durch Friedrich Meinecke (Weltbürgertum und Nationalstaat, Berlin 1908; vgl. Walther HOFER, Geschichtsschreibung und Weltanschauung. Gedanken zum Werk Friedrich Meineckes, München 1950) oder in der Zwischenkriegszeit an Franz Schnabel (Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, 4 Bde., Freiburg i. Br. 1929–1934; vgl. Thomas HERTFELDER, Franz Schnabel und die deutsche Geschichtswissenschaft. Geschichtsschreibung zwischen Historismus und Kulturkritik, Göttingen 1998), die jeweils durchaus konträr zum politischen Zeitgeist sowie einem historiographischen Primat der Außenpolitik lagen und dennoch Reputation genossen, ganz zu schweigen von offenen Kritikern der politikhistorischen Orthodoxie im Kaiserreich – wie Karl Lamprecht (Deutsche Geschichte, 12 Bde., 3 Ergbde., Leipzig 1891–1909; vgl. Roger CHICKERING, Karl Lamprecht: A German Academic Life [1856–1915], Atlantic Highlands 1993) – und in der Zwischenkriegszeit – wie Rudolf IBBEKEN (Das außenpolitische Problem. Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1880–1914, Schleswig 1928) und Eckart Kehr (Der Primat der Innenpolitik, hg. v. Hans-Ulrich WEHLER, Berlin 1965; vgl. Hans-Ulrich WEHLER, Eckart Kehr, in: DERS. [Hg.], Deutsche Historiker, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 100–113) –, die allerdings zu Lebzeiten tatsächlich Außenseiter in der Zunft blieben. Vgl. MOLLIN (wie Anm. 3) S. 29, der auf »vier Stränge« der deutschen Tradition verweist, an die eine zukünft-

und dann im Kontext der großen weltpolitischen Auseinandersetzungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine besondere Dignität und Relevanz für sich⁵.

Der teilweise äußerst polemisch und persönlich verletzend ausgetragene Streit zwischen den Verfechtern einer »politischen Geschichte moderner Prägung«⁶ und jenen einer umfassenden »Gesellschaftsgeschichte« endete Mitte der 1970er Jahre formal zwar unentschieden⁷. Dennoch kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich das Verdikt, »moderne Politikgeschichte« sei auch nichts anderes als der alte diplomatiegeschichtliche Adam – nämlich eine »Große Politik der Kabinette«⁸ – weitgehend durchsetzte und die Bielefelder Gesellschaftsgeschichte im wahrsten Sinne des Wortes schulebildend wurde: Nach wie vor gab es zwar Historiker in der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit der Geschichte der internationalen Beziehungen beschäftigten, aber sie verkörperten nicht mehr den mainstream der Zunft, den vielmehr eine Gesellschaftsgeschichte prägte, die nicht nur methodisch andere – nämlich sozial- und wirtschaftshistorische –, sondern auch inhaltlich neue Akzente setzte, indem sie die Frage nach der internationalen Einbindung Deutschlands zugunsten einer Konzentration auf die innere Entwicklung des deutschen Nationalstaats und dessen vermeintlichen »Sonderweg« hintanstellte⁹.

Im westeuropäischen Ausland¹⁰ und in den USA¹¹ sah das nur graduell anders aus – Trends von hier hatten die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland ja gerade stark

tige Geschichte der internationalen Beziehungen anknüpfen könne: die »fast schon supranationale Globalität« Arnold Hermann Ludwig Heerens, die »Proportionalität« Leopold von Ranke, den »kritischen Materialismus« Friedrich Engels und die »rationale Begrifflichkeit« Max Webers.

- 5 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871, München 1993, S. 53–59 und 65–74; RAPHAEL (wie Anm. 3) S. 69f.
- 6 Andreas HILLGRUBER, Gedanken zu einer politischen Geschichte moderner Prägung, in: Freiburger Universitätsblätter, H. 30 v. Dezember 1970, S. 33–43.
- 7 Vgl. zu Inhalt und Stil der damaligen Debatte Pars pro toto DERS., Politische Geschichte in moderner Sicht, in: DERS., Die Zerstörung Europas. Beiträge zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945, Berlin 1988, S. 13–31; DERS., Die Diskussion über den »Primat der Innenpolitik«, in: EBENDA, S. 32–47; Hans-Ulrich WEHLER, Moderne Politikgeschichte oder »Große Politik der Kabinette«?, in: GG 1 (1975) S. 344–369; Gustav SCHMIDT, Wozu noch »politische Geschichte«. Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik am Beispiel der englischen Friedensstrategie 1918/19, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 17 (1975) S. 21–45; Klaus HILDEBRAND, Geschichte oder »Gesellschaftsgeschichte«? Die Notwendigkeit einer Politischen Geschichtsschreibung von den Internationalen Beziehungen, in: HZ 223 (1976) S. 328–357. Ein rückblickendes Resümee haben Eckart CONZE, Moderne Politikgeschichte. Aporien einer Kontroverse, in: Guido MÜLLER (Hg.), Deutschland und der Westen. Internationale Beziehungen im 20. Jahrhundert. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1998, S. 19–30 sowie Klaus HILDEBRAND, Deutsche Außenpolitik 1871–1918, München 1994, S. 93–106 gezogen.
- 8 So WEHLER (wie Anm. 7).
- 9 Zum heute sehr stark relativierten Begriff des »deutschen Sonderwegs« und dessen kontroverser Debatte vgl. die – unterschiedlich akzentuierenden – aktuellen Zusammenfassungen von Jürgen KOCKA, Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd BAUERKÄMPER u. a. (Hg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 364–375; DERS., Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft, Stuttgart 2004 und Winfried SCHULZE, Vom »Sonderweg« bis zur »Ankunft im Westen«. Deutschlands Stellung in Europa, in: GWU 53 (2002) S. 226–240 sowie Ewald FRIE, Das Deutsche Kaiserreich, Darmstadt 2004, S. 108–117.
- 10 Georges-Henri SOUTOU, Die französische Schule der Geschichte internationaler Beziehungen, in: LOTH, OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. 31–44; Kathleen BURK, Britische Traditionen internationaler Geschichtsschreibung, in: Ibid. S. 45–59.
- 11 Michael H. HUNT, Die lange Krise der amerikanischen Diplomatiegeschichte und ihr Ende, in: IBID., S. 61–90. Vgl. Frank SCHUMACHER, Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um

beeinflusst: Auch hier bildete die Erforschung von nationaler Außenpolitik und zwischenstaatlichen Beziehungen spätestens seit den 1960er Jahren keinen Schwerpunkt der Geschichtswissenschaft mehr. In Frankreich hatte sich ein solcher Trend mit der Herausbildung und wachsenden Bedeutung der »Annales-Schule« sogar schon deutlich früher abgezeichnet¹². Allerdings bewies gerade das französische Beispiel auch bereits frühzeitig, daß Außenpolitik- und Gesellschaftsgeschichte nicht nur unverbunden koexistieren, sondern sich gegenseitig befruchten konnten: Die »Renouvin-Schule« öffnete sich seit den 1950er/60er Jahren teilweise gegenüber den Axiomen der »Annales-Schule« von der *longue durée* sowie den *forces profondes* von Geographie, Demographie, Ökonomie und Mentalität, verband sie mit der Frage nach den genuin (außen-)politischen Interessen und entwickelte die klassische Diplomatiegeschichte derart methodisch und thematisch zu einer umfassenden Geschichte der internationalen Beziehungen, die in den letzten Jahren noch zusätzlich um eine trans- und supranationale Dimension erweitert worden ist¹³. »Klein, aber gesund«¹⁴ ist auch die Geschichte der internationalen Beziehungen in Großbritannien, zumal die britische Historiographie aufgrund der Empire- bzw. Commonwealth-Tradition

die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1955, Trier 2000, S. 17–21 sowie Jessica GIENOW-HECHT, Von Fremden Ländern und Menschen oder Wo bleibt der internationale Diskurs in der internationalen Kulturgeschichte, in: Manfred BERG/Philipp GASSERT (Hg.): Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2004, S. 80–97.

- 12 Zur Annales-Schule vgl. Lutz RAPHAEL: Die Erben von Bloch und Fèbvre. Annales-Geschichtsschreibung und *nouvelle histoire* in Frankreich 1945–1980, Stuttgart 1994; DERS. (wie Anm. 3) S. 96–116; Peter BURKE, Die Geschichte der »Annales«. Die Entstehung der neuen Geschichtsschreibung, Berlin 2004 und Ulrich RAULFF, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a. M. 1995.
- 13 Pierre RENOUVIN, *Les Forces Profondes*, in: DERS., Jean-Baptiste DUROSELLE, Introduction à l'histoire des relations internationales, Paris 1964, S. 5–282; Jean-Baptiste DUROSELLE, De l'»histoire diplomatique« à l'»histoire des relations internationales«, in: *Mélanges Pierre Renouvin. Études d'histoire des relations internationales*, Paris, 1966, S. 1–15; Jean-Baptiste Duroselle et l'histoire des relations internationales, in: *Relations Internationales* 83 (1995), S. 275–395. Zur integrationsgeschichtlichen und transnationalen Weiterung von Methoden und Themen historischer Forschung in Frankreich seit den 1980er Jahren, eingebettet in einen westeuropäischen Forschungsverbund – vgl. DÜLFFER, Europa (wie Anm. *) S. 153f. Von dieser neuen Dimension der Internationalen Beziehungen in Frankreich zeugen vor allem René GIRAULT, Robert FRANK (Hg.), *La Puissance en Europe, 1938–1940*, Paris 1984, Raymond POIDEVIN (Hg.), *Origins of the European Integration (March 1948–May 1950)*, Brüssel u. a. 1986 und Robert FRANK (Hg.), *Les identités européennes au XX^e siècle. Diversités, convergences et solidarités. Programme international de recherche*, Paris² 1998. Dazu paßt, daß sich in einem spiegelbildlichen Prozeß zumindest einige jüngere Vertreter der Annales-Tradition, wie François Furet, Michel Vovelle, Marc Ferro oder Maurice Agulhon, bei ihrer Beschäftigung mit der französischen Gegenwartsgeschichte auch wieder stärker für die (außen-)politische Entwicklung ihres Landes interessierten (vgl. BURKE [wie Anm. 12] S. 109–111). Dessen ungeachtet gibt es in Frankreich auch nach wie vor prominente Beispiele für eine klassische Diplomatiegeschichte, wie Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998 oder Georges-Henri SOUTOU, *La Guerre des Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001. Vgl. auch die Forschungsüberblicke von Hans Manfred BOCK, Zwischen nationalem Gedächtnis und europäischer Zukunft. Französische Geschichtskultur im Umbruch, in: *Frankreich-Jahrbuch* 19 (2000) S. 33–50 und Rainer HUDEMANN, *Histoire du Temps présent in Frankreich. Zwischen nationalen Problemstellungen und internationaler Öffnung*, in: Alexander NÜTZENADEL/Wolfgang SCHIEDER (Hg.), *Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa*, Göttingen 2004, S. 175–200 sowie François BÉDARIDA (Hg.), *L'histoire et le métier d'historien en France 1945–1995*, Paris 1995.
- 14 BURK (wie Anm. 10) S. 59.

des Landes immer schon »der äußeren Welt noch am nächsten«¹⁵ gewesen ist. Allerdings hat hier mittlerweile ebenfalls eine methodische und thematische Weiterung hin zu kulturgeschichtlichen Ansätzen wie auch zur europäischen Integrationsgeschichte stattgefunden. Schließlich ist auch »die lange Krise der amerikanischen Diplomatiegeschichte«¹⁶ beendet, ja die Rückbesinnung auf die Erforschung der internationalen Beziehungen, die in Deutschland erst in den letzten Jahren festzustellen ist, hat in den USA mit der Zeitschrift »Diplomatic History« bereits seit 1977 ein eigenes publizistisches Forum.

In der Bundesrepublik Deutschland bedurfte es erst der Erfahrung der Jahre 1989/91, um wieder ein verstärktes Interesse an der Erforschung von Außenpolitik und auswärtigen Beziehungen im weitesten Sinne des Wortes zu wecken. Der Zusammenbruch der DDR, die deutsche Vereinigung und das Ende des Ost-West-Konflikts kulminierend in der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion verdeutlichten nicht nur wieder die Offenheit und mangelnde Prognostizierbarkeit der historischen Entwicklung, sondern auch die neue Relevanz der ebenfalls lange vernachlässigten historischen Kategorien Nation und Nationalstaat sowie deren andauernde Abhängigkeit von internationalen Entwicklungen, ja – *horribile dictu* – diplomatischen Verhandlungen politischer Akteure. Damit war gleichzeitig auch der lange vorherrschende Primat der Strukturen durch die Rehabilitation des historischen Subjekts und den Nachweis von dessen – je nach historischer Konstellation mehr oder minder großer – Entscheidungsfreiheit relativiert worden¹⁷: »Die Rolle der politischen Geschichte und der Ereignisgeschichte, aber auch die der Biographie haben durch den Umbruch 1989/91 eine Aufwertung erfahren. Aus Strukturen und Prozessen lassen sich politische Ereignisse nicht unmittelbar ableiten, wenn sie auch als historische Bedingungsfaktoren den Rahmen des Möglichen abstecken. [...] Die Relevanz der internationalen Einbettung der deutschen Geschichte [...] ist durch die Ereignisse klar erwiesen worden. Das wird zu einer weiteren Aufwertung einer nicht auf die Diplomatiegeschichte beschränkten Spezialdisziplin der Geschichte der internationalen Beziehungen wie auch der internationalen Politik im Rahmen der Politikwissenschaft führen. Für die deutschen Historiker sollte der Umbruch auch ein Anstoß sein, die Tendenzen zum Provinzialismus und zur nationalen Nabelschau zu überwinden [...]«¹⁸.

Weiteres kam Anfang der 1990er Jahre hinzu: Das Ende des Kalten Krieges löste zwar den west-östlichen Bipolarismus auf und beendete damit auch einen jahrzehntelangen »Kalten Krieg«, doch dies bedeutete keineswegs den Beginn einer Ära friedvoller Weltinnenpolitik. Vielmehr trat an die Stelle der alten Dichotomie, die gleichzeitig nach außen abgeschreckt und nach innen diszipliniert hatte, eine verwirrende und aufgrund der neuen Betonung des nationalen, ja nationalistischen *Sacro Egoismo* auch konflikträchtige Multipolarität. Das Gewicht internationaler – auch genuin politischer – Entwicklungen nahm nicht ab, sondern es stieg noch an, weil die Zahl der internationalen Akteure zunahm, sich das diplomatische Spiel des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen komplizierte und manches Mal selbst in Europa wieder in offene militärische Konflikte mündete. Ungeachtet vielfältiger Anzeichen einer transnationalen Gesellschaftswelt, ja einer wirtschaftlich globalisierten *one world* beweist der Nationalstaat und mit ihm (einzel-)staatliches Handeln – nicht zuletzt als identitätsstiftende Gegenbewegung – auch und gerade in der Außenpolitik

15 Michael GEHLER, Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung, in: APuZG vom 1.8.2003, S. 1–13 (S. 4).

16 HUNT (wie Anm. 11).

17 Gerhard RITTER, Der Umbruch von 1989/91 und die Geschichtswissenschaft, München 1995 (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Sitzungsberichte 1995/5) S. 1–46. Vgl. Klaus HILDEBRAND, Wiedervereinigung und Staatenwelt. Probleme und Perspektiven der Forschung zur deutschen Einheit 1989/90, in: VfZ 52 (2004) S. 193–210 (S. 207–210).

18 RITTER (wie Anm. 17) S. 24–30.

eine beachtliche Zählebigkeit. Betrachtet man die tieferen historischen Wurzeln der neuen internationalen Konflikte oder auch nur die vordergründige Instrumentalisierung von Geschichte für politische Zwecke, wird zudem deutlich, daß die Epochenwende von 1989/91 nicht jenem vorschnell postulierten »Ende der Geschichte«¹⁹ aufgrund des Sieges der liberalen Demokratie gleichkam, sondern eher eine »Wiederkehr der Geschichte«²⁰ samt ihrer traditionellen (einzel-)staatlichen und internationalen Konfliktmuster brachte.

Dem hat auch die Historiographie in den 1990er Jahren Rechnung getragen: Verschiedene Untersuchungen²¹ sowie ein neues »Handbuch der Geschichte der Internationalen Beziehungen«²² aus dieser Zeit, seit Mitte der 1990er Jahre dann auch die Reihe »Studien zur Internationalen Geschichte«²³, zeugen von einer Wiederbelebung der Erforschung der internationalen Beziehungen sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern. Ob diese Entwicklung nur ein kurzes Intermezzo darstellt oder aber eine echte Renaissance der Internationalen Beziehungen bedeutet, soll im folgenden ausgehend von verschiedenen Neuerscheinungen der letzten Jahre erörtert werden, wobei das besondere Augenmerk den methodischen Weiterungen sowie den thematischen Kontroversen und schließlich den künftigen Perspektiven des Forschungszweigs gilt²⁴.

Zunächst bleibt festzuhalten, daß sich die Erforschung der internationalen Beziehungen in puncto Methodik und Erkenntnisinteresse weitgehend von jener traditionellen Diplomatiegeschichte entfernt haben, die seit langem als zu Recht überholt gilt. Damit entzieht sie sich auch dem sterilen »Primat«-Streit seit den 1970er Jahren erfolgreich. Heute geht es nicht mehr um eine akribische Schilderung von »Haupt- und Staatsaktionen« oder eine Apologie »großer Männer«, sondern um den Nachweis der äußeren wie inneren Bedingungen und Bedingtheiten außenpolitischen Handelns und internationaler Beziehungen. Internationale Beziehungen ist der Oberbegriff für ein breites thematisches Feld geworden, daß sowohl die klassischen zwischenstaatlichen Verhältnisse umfaßt als auch das weite Beziehungsgeflecht transnationaler und transkultureller Kontakte einer Vielzahl von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bis in die Gegenwart, angesichts von deren Globalisierungstendenzen sich die traditionelle Staatsfixierung ohnehin verbietet. Überdies hat sich das methodische Instrumentarium stark ausdifferenziert, wobei allerdings nicht alles so neu ist,

19 Francis FUKUYAMA, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München 1992.

20 Henry A. KISSINGER, *Die sechs Säulen der Weltordnung*, Berlin 1992, S. 7. Vgl. DERS., *Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik*, Berlin 2004, S. 11–24 und S. 893–930.

21 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Vom Wiener Kongreß zur Pariser Konferenz. England, die deutsche Frage und das Mächtesystem 1815–1856*, Göttingen, Zürich 1991; DERS., *Deutsche Frage* (wie Anm. 5); Günther HEYDEMANN, *Konstitution gegen Revolution. Die britische Deutschland- und Italienpolitik 1815–1848*, Göttingen, Zürich 1995; Peter KRÜGER (Hg.), *Kontinuität und Wandel in der Staatenordnung der Neuzeit. Beiträge zur Geschichte des internationalen Systems*, Hitzeroth 1991; DERS. (Hg.), *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit*, München 1996; Paul W. SCHROEDER, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994; Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995; DERS., *No intervention. Die Pax Britannica und Preußen 1865/66–1869/70. Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert*, München 1997; Jost DÜLFFER u. a., *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1856–1914*, München 1997.

22 Heinz DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785*, Paderborn u. a. 1997; Winfried BAUMGART, *Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878*, Paderborn u. a. 1999.

23 Hg. v. Wilfried LOTH sowie Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Jost DÜLFFER und Jürgen OSTERHAMMEL. Die Reihe erscheint bei Oldenbourg; 15 Bände liegen bisher vor.

24 Vgl. die Angaben oben Anm. *.

wie es scheinen mag – oder auch behauptet wird –, sondern wir sehr oft eine begrüßenswerte Kombination durchaus herkömmlicher Verfahren erleben²⁵. Hier wäre die Verzäh-

- 25 Hier sei daran erinnert, daß bereits Andreas Hillgrubers Beharren auf einer Autonomie von Außenpolitik und internationaler Politik sich wesentlich aus der Abwehr des gesellschaftsgeschichtlichen Axioms von der einseitigen Abhängigkeit außenpolitischen Verhaltens von den innenpolitischen Verhältnissen erklärte und längst nicht so absolut gemeint war, wie es für manchen klingen mochte. Schließlich schlug Hillgruber doch selber vor, außenpolitische Entscheidungen in dem »Dreieck« von »machtpolitischen Kalkulationen [...] von gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen und von widerstreitenden Ideen und »Ideologien«, von politischen Doktrinen« zu situieren (Hillgruber, Politische Geschichte [wie Anm. 7] S. 17). Bereits 1970 hatte er sich in einem Vortrag in Freiburg gegen jeden »Primat« gewandt: »Außenpolitische Orientierungen und Entscheidungen in der internationalen Politik stellen im Gegensatz zu den beiden einseitigen Auffassungen stets die oft erst durch das Erfassen mehrerer Zwischenglieder zu ermittelnde Resultante verschiedener Komponenten dar: von Auswirkungen der sich wandelnden oder konstanten sozialen und ökonomischen Grundlage, von innenpolitischen Konstellationen, von unterschiedlich stärker machtpolitisch, wirtschaftspolitisch oder militärstrategisch akzentuierten Erwägungen, Kalkulationen und Entscheidungen der politischen Führung, aber auch von oft lange über den ursprünglichen Realitätsbezug fortdauernden Traditionen vielfältiger Art. Nicht zuletzt sind sie vielfach auch primär Reaktionen auf Veränderungen im Geflecht der internationalen Mächtebeziehungen, die die in Frage stehende Großmacht nur indirekt berühren. Es ist gerade die Aufgabe der »politischen Geschichte«, das jeweilige Gewicht dieser verschiedenen Komponenten für die Außenpolitik der Großmächte zu ermitteln und dabei Trends – etwa in Richtung auf ein Überwiegen oder eine Zunahme beispielsweise ökonomischer oder militärstrategischer Momente in der Außenpolitik einzelner Staaten, einer Mächtegruppe oder des Mächtesystems insgesamt – möglichst exakt zu bestimmen. Nur in Extremfällen läßt sich ohne größere Schwierigkeiten eindeutig ein »Primat der Innenpolitik« [...] und ebenso in anderen Fällen ein »Primat« äußerer Einwirkungen auf die Außenpolitik oder selbst auf die Gesamtpolitik oder auf die Sozialstruktur eines Staates oder einer ganzen Staatengruppe nachweisen« (Zit. nach HILLGRUBER, Diskussion [wie Anm. 7] S. 35f.) (Hans-Ulrich Wehler hat sich dem zumindest mit dem Abstand von einigen Jahren – unter Beibehaltung seiner alten Vorwürfe an die »politische Geschichte« – grundsätzlich angeschlossen, indem er einräumte, daß der selbst postulierte »Primat der Innenpolitik« »als harter Keil auf einen groben Klotz seine Schuldigkeit getan [habe]«, daß »eine Dogmatisierung selbstverständlich vermieden werden muß« und daß »die Problematik der Interdependenz von innergesellschaftlichen und internationalen Konstellationen, der Interaktion von Innen- und Außenpolitik [...] durch ein Primatdenken häufig verfehlt [werde]« [Hans-Ulrich Wehler, Geschichtswissenschaft heute, in: Jürgen Habermas (Hg.), Stichworte zur Geistigen Situation der Zeit. 2 Bde., Bd. 2: Politik und Kultur, Frankfurt a. M. 1979, S. 709–753, hier S. 736.] Eine vermittelnde Position nahm bereits frühzeitig Gustav Schmidt ein, allerdings ohne damit ausreichend Gehör zu finden [Gustav SCHMIDT, England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930–1937), Opladen 1981; und DERS., Politisches System und Appeasement-Politik, 1930–1937. Zur Scharnierfunktion der Rüstungspolitik für die britische Innen- und Außenpolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 25 (1979) S. 37–53]). Dementsprechend hat auch nicht zuletzt bereits Hillgruber in den 1970er Jahren Perzeptionsanalysen durchgeführt (vgl. pars pro toto DERS., Das Rußland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, in: DERS., Zerstörung [wie Anm. 7] S. 256–272). In den Mittelpunkt einer größeren Untersuchung hat diesen Ansatz damals Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, München 1980 gerückt. Auch die Beschäftigung mit dem Thema Globalisierung ist so neu nicht, wie es manchmal aufgrund der gegenwärtigen Aktualität des Themas scheinen mag (vgl. Conze, Vergangenheit [wie Anm. 3]) und Akira Irye, Nationale Geschichte, Internationale Geschichte, globale Geschichte, in: Berg, Gassert [Hg.], Deutschland [wie Anm. 11] S. 21–39): Vielmehr sind »globales System« oder »Weltsystem« bereits vor Jahrzehnten beispielsweise sowohl von Immanuel Wallerstein, The Modern World System: Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century, New York 1974; DERS., The Modern World System II. Mercantilism and the Consolidation of the European World Economy 1600–1750, New York 1982 als auch von Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/23–1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984 behandelt wor-

nung von Innen- und Außenpolitik zu nennen: Beide Bereiche werden nicht mehr in einer Beziehung jeweils einseitiger Dependenz zueinander gesehen, sondern als interdependent verstanden²⁶. Eine adäquate Analyse nationaler Außenpolitik seit dem Beginn der – in den verschiedenen europäischen Staaten zeitlich versetzten – Demokratisierung und Pluralisierung der auswärtigen Beziehungen im 19. Jahrhundert als dem anbrechenden Zeitalter des »politischen Massenmarktes« (Hans Rosenberg) darf die innenpolitischen Abhängigkeiten der internationalen Akteure im weitesten Sinne des Wortes – gesellschaftliche Entwicklung, politisches System, sozio-kulturelle Prägungen – nicht ausblenden.

Stärker noch als früher ist auch die Frage nach unterschiedlicher Mentalität und gegenseitiger Wahrnehmung erkenntnisleitend²⁷. Ebenso werden seit einigen Jahren die kulturelle Repräsentation und die symbolische Stilisierung von Außenpolitik untersucht. Dabei knüpft die »Neue Kulturgeschichte« allerdings in manchem an durchaus bekannte Ansätze und Themen der Geschichtswissenschaft an: Insbesondere der ganze Bereich der »Bilder«, das Phänomen der »Perzeption« – der Selbst- wie der Fremdwahrnehmung –, und selbst das des »symbolischen Handelns« wurden durchaus auch bereits früher untersucht. Die eigentliche »Herausforderung«²⁸ nicht nur der Gesellschaftsgeschichte, sondern auch der Geschichtswissenschaft insgesamt durch die Vertreter des *cultural turn* liegt sowohl in deren sehr selbstbewußt vorgetragenem Anspruch eines umfassenden Paradigmenwechsels²⁹ – erst recht wenn er »postmodern« die ja nie geleugnete räumlich-zeitlich-sprachliche Kontextabhängigkeit jeglicher Art von Aussagen verabsolutiert und dies mit einer generellen Absage an die Möglichkeit von Rekonstruktion historischer Vergangenheit verbindet, weil ein solches Unternehmen angeblich immer nur eine fiktionale Nacherzählung nicht eindeutig oder sogar überhaupt nicht entschlüsselbarer Texte sei –, als auch in der damit zusammenhängenden erkenntnistheoretischen Scheu vor umfassenden Deutungen und einer Konzentration auf die kleinräumige Untersuchung »weicher« Faktoren. Daß kulturwissenschaftliche Fragestellungen und Methoden grundsätzlich auch die Erforschung der internationalen Beziehungen

den. Noch frühere Berührungspunkte finden sich schon in den Werken der Annales-Historiker, insbesondere bei Fernand BRAUDEL, *La Méditerranée et le monde méditerranéen à l'époque de Philippe II*, Paris 1949 sowie DERS., *Les jeux de l'échange*, Paris 1979, ja sogar schon bei Arnold Hermann Ludwig HEEREN, *Handbuch der Geschichte des europäischen Staatensystems*, Wien 1817, der bereits die außereuropäische Welt – wenngleich als eine von Europa abhängige Größe – in seine Darstellung einbezog. Zum Globalisierungs-Phänomen und seiner historischen Bearbeitung avant la lettre vgl. auch Knut BORCHARDT, *Globalisierung in historischer Perspektive*, München 2001 (Bayerische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Sitzungsberichte 2001/2) S. 3–34. Um recht verstanden zu werden: Dies soll niemanden herabsetzen, der das Thema neu für sich »entdeckt«, wohl aber ist es ein Appell zur Bescheidenheit im Hinblick auf die Novität des eigenen Forschungsansatzes.

26 Eckart CONZE, *Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension internationaler Geschichte*, in: LOTH, OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. 117–140; Reiner MARCOWITZ, *Großmacht auf Bewährung. Die Interdependenz französischer Innen- und Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Frankreichs Stellung im Europäischen Konzert 1814/15–1851/52*, Stuttgart 2001; Pierre MILZA, *Politique intérieure et politique extérieure*, in: René RÉMOND (Hg.), *Pour une histoire politique*, Paris 1996, S. 315–344.

27 Gottfried NIEDHART, *Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln: internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma*, in: LOTH, OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. 141–158; Robert FRANK, *Mentalitäten, Vorstellungen und internationale Beziehungen*, in: *IBID.*, S. 159–186.

28 Hans-Ulrich WEHLER, *Die Herausforderung der Kulturgeschichte*, München 1998. Zum state of the art der Kulturgeschichte vgl. pars pro toto Ute DANIEL, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a. M. 2001.

29 Thomas MERGEL, *Überlegungen zur einer Kulturgeschichte der Politik*, in: GG 28 (2002) S. 574–606; Ute FREVERT, Heinz-Gerhard HAUPT (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M./New York 2005.

bereichern, belegen verschiedene Aufsätze und Monographien, deren Wert sich allerdings nicht zuletzt darin zeigt, daß sie sich bewußt der »Tonart des Unbedingten«³⁰ enthalten³¹.

Einen anregenden Einstieg in den facettenreichen Forschungszweig Internationale Beziehungen bietet der Sammelband von Eckart Conze, Ulrich Lappenküper und Guido Müller³². Er geht auf einen Workshop zurück, den die Herausgeber im Frühjahr 2002 in Königswinter bei Bonn veranstaltet haben. Bereits zwei Jahre zuvor hatten sie die Sektion »Neue Wege der Geschichte der internationalen Beziehungen« auf dem 43. Deutschen Historikertag in Aachen im September 2000 organisiert³³. Die elf Beiträge decken inhaltlich wie methodisch ein breites Feld ab: Neben »Staat und Politik« werden auch die »globale Perspektive«, die »internationalen Wirtschaftsbeziehungen«, der »Kulturtransfer« und die »Gesellschaftsbeziehungen« als Spielfelder internationaler Beziehungen samt ihrem je spezifischen methodischen Zugang behandelt. Dabei sind jeweils zwei Beiträge einem Themenblock zugeordnet: Ein einführendes »Impulsreferat« führt in die jeweiligen Forschungsfelder ein, während das folgende »Fallreferat« sich der historisch-empirischen Analyse eines konkreten Beispiels für den jeweiligen Gegenstandsbereich zuwendet. Im ersten Teil – »Staat und Politik« – bilden Eckart Conze und Ulrich Lappenküper das Tandem: Conze untersucht die Dynamik des historischen Wandels von Staat, Staatlichkeit und Staatensystem für die Geschichte der internationalen Beziehungen³⁴. Die von ihm theoretisch begründete andauernde Bedeutung des Politischen pointiert Lappenküper sehr stark mit seiner Analyse der deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1949 und 1963, die – bezogen auf dieses Thema – in einem nachdrücklichen Appell für einen Primat der Außenpolitik kulminiert³⁵. Zu Beginn von Teil II – »Die globale Perspektive« – plädiert Wolfram Kaiser für eine transnationale Beziehungsgeschichte, wobei er vier konkrete Themenfelder vorschlägt: die Globalisierung politischer Kommunikation, der Beitrag interkultureller Kontakte zum Kulturtransfer von Ideen und institutionellen Arrangements, die Entterritorialisierung transnationaler Beziehungen und die wachsende

30 So Daniels Charakterisierung der westdeutschen Historikerdebatten der ausgehenden 1960er und der 1970er Jahre, die eine durchaus zeitlose Gefahr darstellt (vgl. Ute DANIEL, Clio unter Kulturschock. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft. Teil 1, in: GWU 48 [1997] S. 195–218 [S. 195–200]).

31 Hier wären zu nennen die Arbeiten von Ursula Lehmkuhl – die sich zudem erfolgreich um einen Brückenschlag zwischen Politik- und Geschichtswissenschaft bemüht (vgl. pars pro toto: Ursula LEHMKUHL, Entscheidungsprozesse in der internationalen Geschichte: Möglichkeiten und Grenzen einer kulturwissenschaftlichen Fundierung außenpolitischer Entscheidungsmodelle, in: LOTH, OSTERHAMMEL [Hg.] [wie Anm. 1] S. 187–207 und DIES., Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und soziologischem Institutionalismus, in: GG 27 [2001], S. 394–423), Jürgen Osterhammel (pars pro toto Jürgen OSTERHAMMEL, Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen, in: LOTH, OSTERHAMMEL [Hg.] [wie Anm. 1] S. 387–408) und Johannes Paulmann (Johannes PAULMANN, Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg, Paderborn u. a. 2000. Vgl. DERS., Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, in: HZ 267 [1998] S. 649–685).

32 CONZE u. a. (Hg.) (wie Anm. *).

33 Die damaligen Beiträge und Diskussionen sind zumindest knapp zusammengefaßt in: 43. Deutscher Historikertag in Aachen 26. bis 29. September 2000. Berichtsband. Hg. im Auftrag des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e. V. v. Max KERNER, München 2001, S. 256–264.

34 Eckart CONZE, Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: CONZE u. a. (Hg.) (wie Anm. *) S. 15–44.

35 Ulrich LAPPENKÜPER, Primat der Außenpolitik! Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, in: Ibid. S. 45–63.

Institutionalisierung globaler Politik in internationalen Organisationen³⁶. Niels P. Petersson beleuchtet dann das Problem der Verrechtlichung internationaler Wirtschaftsbeziehungen vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der europäischen Wirtschaftsaktivitäten in China³⁷.

Im dritten Teil – »Internationale Wirtschaftsbeziehungen« – plädiert Hubertus Zimmermann für eine stärkere Berücksichtigung ökonomischer sowie finanziell-monetärer Zusammenhänge, wobei er auch eine Nutzung politikwissenschaftlicher Theorieangebote anregt³⁸. Guido Thiemeyer untersucht dann konkret die Verknüpfung von Außenpolitik und internationaler Finanz- und Währungspolitik im Kontext des Deutsch-Französischen Krieges und der Reichsgründung von 1870/71³⁹. »Kulturtransfer und internationale Beziehungen« ist Teil IV des Aufsatzbandes überschrieben: Johannes Paulmann beschreibt zunächst transnationale Kulturbeziehungen als Grenzüberschreitungen wie als Grenzräume in ihrem historischen Prozeßcharakter⁴⁰. Jessica Gienow-Hecht verdeutlicht anschließend die Bedeutung der klassischen Musik für die deutsch-amerikanische »Wahlverwandtschaft« von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart⁴¹. Im fünften Teil – »Internationale Gesellschaftsbeziehungen« – erörtert Guido Müller, wie sich die Herausbildung einer »Gesellschaftswelt« in den theoretischen und methodischen Ansätzen sowie der Themenwahl von Vertretern der Internationalen Beziehungen spiegelt, und tritt für eine stärkere Berücksichtigung der zunehmenden Verschränkung von Sozialem und Internationalem ein⁴². Diese Anregung greift Marita Krauss in ihrer Präsentation von Fragestellungen und Methoden der Migrationsgeschichte auf⁴³. Den Abschluß bildet ein Essay von Hartmut Kaelble, der nicht nur Defizite der Sozialgeschichte bei der Erforschung internationaler Geschichte einräumt, sondern auch für eine intensivere Forschungs Kooperation zwischen Sozialhistorikern und Historikern der internationalen Beziehungen eintritt⁴⁴.

Die Herausgeber bezeichnen ihren Aufsatzband selber bescheiden als »Teil eines Reflektionsprozesses«⁴⁵. Tatsächlich wird er die entsprechende Diskussion in der Zukunft befördern, auch wenn er nur einen weiteren Schritt in die richtige Richtung darstellt: Nach wie vor bleibt die immer wieder geforderte interdisziplinäre und intrafachliche Diskussion und Kooperation ein Desiderat. Auch die Vielfalt der Ansätze und behandelten Themen in dem hier vorgestellten Sammelband ändert nichts daran, daß die vorgestellten Sphären internationaler Geschichte – Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft – weitgehend unverbunden

36 Wolfram KAISER, Transnationale Weltgeschichte im Zeichen der Globalisierung, in: *Ibid.* S. 65–92. Zu Gegenstand und Methode vgl. auch das FachForum geschichte.transnational (<http://geschichte.transnational.clio-online.net/>).

37 Niels P. PETERSSON, Eine Welt des (Un-)Rechts: Globalisierung und das Problem der Verrechtlichung internationaler Wirtschaftsbeziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, in: CONZE u. a. (Hg.) (wie Anm. *) S. 93–112.

38 HUBERTUS ZIMMERMANN, Die politische Ökonomie der internationalen Geschichte, in: *Ibid.* S. 113–138.

39 Guido THIEMEYER, Die deutschen Liberalen, die Reichsgründung und die Entstehung des internationalen Goldstandards 1870–1873, in: *Ibid.* S. 139–168.

40 Johannes PAULMANN, Grenzüberschreitungen und Grenzräume: Überlegungen zur Geschichte transnationaler Beziehungen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Zeitgeschichte, in: *Ibid.* S. 169–196.

41 Jessica GIENOW-HECHT, Emotionale Wahlverwandtschaften: Musik und Politik in den transatlantischen Beziehungen seit 1850, in: *Ibid.* S. 197–229.

42 Guido MÜLLER, Internationale Gesellschaftsgeschichte und internationale Gesellschaftsbeziehungen aus Sicht der deutschen Geschichtswissenschaft, in: *Ibid.*, S. 231–258.

43 Martina KRAUSS, Migration, Assimilierung, Hybridität. Von individuellen Problemlösungsstrategien zu transnationalen Gesellschaftsbeziehungen, in: *Ibid.*, S. 259–276.

44 Hartmut KAEUBLE, Transnationalität aus der Sicht eines Sozialhistorikers, in: *Ibid.* S. 277–292.

45 Eckart CONZE u. a., Einführung, in: *Ibid.* S. 1–14 (S. 5).

nebeneinander stehen. Was noch aussteht, sind ausgewählte Fallstudien, die die Relevanz dieser Bereiche und die Validität der unterschiedlichen Methoden und Zugänge jeweils am konkreten Beispiel ausloten. Erst dann würde auch in praxi verdeutlicht, was an und für sich eine Selbstverständlichkeit sein sollte: daß nur ein multiperspektivischer Zugriff eine komplexe Wirklichkeit in ihrer Totalität zumindest annähernd erfassen kann.

Ein systempolitischer Ansatz, der die Einbindung nationaler Akteure in das jeweilige internationale Mächtesystem in den Mittelpunkt der Analyse rückt, prägte bereits jene frühen Arbeiten zu den internationalen Beziehungen, die Anfang der 1990er Jahre erschienen⁴⁶. Ein besonders starkes Echo fand dabei ein Buch des amerikanischen Historikers Paul W. Schroeder zum europäischen Mächtesystem zwischen 1763 und 1848⁴⁷, das eigene Diskussionsforen in wichtigen internationalen Fachzeitschriften provozierte⁴⁸. Das lag vor allem daran, daß Schroeder seine systemische Analyse mit einer pointierten These verband, derzufolge die Revolutions- und Napoleonischen Kriege der Jahre 1793–1814 eine kathartische Wirkung auf die politische Führungselite der europäischen Großmächte gehabt hätten – ein Prozeß, der im Wiener Kongreß gegipfelt sei und faktisch eine »Transformation of European Politics« zur Folge gehabt habe: Aus dem Rückblick von 1814/15 auf die Entwicklung der letzten gut zwei Jahrzehnte habe es sich gezeigt, daß sich Kriege nicht mehr unbedingt auf einen reinen militärischen Schlagabtausch begrenzen ließen, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung der Kombattanten revolutionieren konnten. Daher seien sich die auf dem Wiener Kongreß versammelten Monarchen und leitenden Minister der Notwendigkeit einer stabilen Nachkriegsordnung und der hieraus resultierenden gegenseitigen Abhängigkeit bewußt gewesen.

Das wiederum, so Schroeder, habe nicht nur den Verzicht auf einen »karthagischen Frieden« mit Frankreich und dessen rasche Einbeziehung in das »Wiener System« sowie die »Wiener Ordnung«⁴⁹ – wengleich als eine wegen ihrer latenten innenpolitischen Instabilität und ihrer etwaigen expansiven Bedrohung mißtrauisch bäugte »Großmacht auf Bewährung«⁵⁰ – beinhaltet, sondern auch geradezu ein »neues Denken« initiiert, das sich fortan im Verzicht auf die bisherige Bereitschaft zu offener und in der Regel gewaltsamer Austragung bestehender Mächterivalitäten, in größerer Vertragstreue, einer ernsthafteren Beachtung von Völkerrechtsnormen und einer stärkeren gegenseitigen Rücksichtnahme mit dem Ziel einer friedlichen Regelung etwaiger Meinungsverschiedenheiten oder Interessenkonflikte niedergeschlagen habe. Dies, so sein Fazit, habe das in Wien begründete Concert of Europe deutlich ab von der bis dahin gültigen, lediglich hegemoniale Herausforderungen konterkarierenden Leitvorstellung der Balance of Power: »A competitive balance-of-power struggle gave way to an international system of political equilibrium based on benign shared hegemony and the mutual recognition of rights underpinned by law«⁵¹.

46 DOERING-MANTEUFFEL, Wiener Kongreß (wie Anm. 21) und DERS., Deutsche Frage (wie Anm. 5). Zu theoretischem Ansatz und praktischer Umsetzung vgl. auch DERS., Internationale Geschichte als Systemgeschichte. Strukturen und Handlungsmuster im europäischen Staatensystem des 19. und 20. Jahrhunderts, in: LOTH, OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. 93–115 sowie KRÜGER (Hg.), Kontinuität und DERS. (Hg.), Staatensystem (wie Anm. 21).

47 SCHROEDER, Transformation of European Politics (wie Anm. 21).

48 Vgl. AHR 97/3 (1992) und IHR 16 (1994).

49 Zur Begrifflichkeit vgl. DOERING-MANTEUFFEL, Wiener Kongreß (wie Anm. 21) S. 41–56.

50 MARCOWITZ, Großmacht (wie Anm. 26).

51 SCHROEDER, Transformation of European Politics (wie Anm. 21) S. 580–582 (S. 580); Vgl. DERS., The Transformation of Political Thinking, 1787–1848, in: Jack SNYDER, Robert JERVIS (Hg.), Coping with Complexity in the International System, Boulder 1993, S. 47–70 (S. 60–67) und DERS., The Vienna System and Its Stability: The Problem of Stabilizing a State System in Transformation, in: KRÜGER (Hg.), Staatensystem (wie Anm. 21) S. 107–122.

Schroeders These war für die Forschung befruchtend, gerade weil sie sowohl Zustimmung als auch Ablehnung hervorrief. Überwiegend anerkannt wurde die Gültigkeit des von ihm unterstellten »neuen Denkens« nach 1813/14 und dessen Begründung mit der zäsiierenden Erfahrung des vorangegangenen »Großen Krieges«⁵², ja diese Überlegung wurde allenfalls noch zugespitzt durch die Stilisierung der Wiener Nachkriegsordnung zum frühen System kollektiver Sicherheit moderner Prägung⁵³. Umstritten war indes Schroeders Abgrenzung des neuen »Europäischen Konzerts« vom bisherigen »Gleichgewicht der Mächte«⁵⁴. Unter Balance of Power verstand Schroeder ein Staatensystem, in dem die jeweilige Macht der Einzelstaaten untereinander ausbalanciert war⁵⁵. Davon hob er die Wiener Nachkriegsordnung deutlich ab: Hier habe es nicht ein Gleichgewicht aller fünf Großmächte – Großbritannien, Rußland, Frankreich, Österreich und Preußen – sondern eine englisch-russische Hegemonie gegeben. Die beiden europäischen Flügelmächte seien aufgrund ihrer geopolitischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Ressourcen und ihrer militärischen Stärke auch durch eine Koalition der übrigen europäischen Großmächte nicht nachdrücklich zu bedrohen gewesen. Aufgrund dieser Überlegenheit dominierten sie die Wiener Nachkriegsordnung. Überdies identifizierte Schroeder weitere Sub-Hegemonien – Großbritanniens in Übersee, Rußlands in Ostmitteleuropa, Österreichs in Italien sowie eine österreichisch-preußische im Deutschen Bund. Diese »benign hegemonies« und ihre Praxis der Anerkennung von Normen, Regeln und Völkerrecht hätten, so Schroeders Fazit, die alte Balance of Power durch ein neues »political equilibrium« abgelöst⁵⁶.

Dem haben verschiedene andere Forscher widersprochen: Enno F. Kraehe verwies darauf, daß die relativ milde Behandlung Frankreichs in den Pariser Friedensverträgen von 1814/15 vom Gleichgewichtsdenken Metternichs und Castlereaghs bestimmt gewesen sei⁵⁷. Für Wolf D. Gruner wiederum belegt die ausgewogene Machtverteilung in Mitteleuropa das Gleichgewichtsdenken der Wiener Nachkriegsarchitekten⁵⁸. Folglich bezeichnete er die Wiener Nachkriegsordnung als ein »carefully balanced multipolar system«, bestehend aus »great powers and intermediary bodies bound together by a common European culture and traditions and accepting set rules for their bilateral and multilateral relations to safeguard their political and territorial independence within a new system of public law«⁵⁹. Trotz der unterschiedlichen Argumentationen und Schlußfolgerungen liegen die Positionen tatsächlich nicht so weit auseinander: Einerseits unterscheiden auch die Anhänger der Balance of Power-Theorie die Wiener Nachkriegsordnung deutlich vom Gleichgewichtssystem des

52 Deutlichen Widerspruch gegen Schroeders These vom zäsiierenden Charakter der Jahre 1813–1815 äußerten Harald KLEINSCHMIDT, Vom »Gleichgewicht« zum »Äquilibrium«. Paul W. Schroeders »Transformation of European Politics« – eine Systemgeschichte der internationalen Beziehungen?, in: ZfG 45 (1997) S. 520–528 und Francis Roy BRIDGE, Transformation of the European States System, 1856–1914, in: Peter KRÜGER, Paul W. SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 255–272.

53 Wolfram PYTA, Konzert der Mächte und kollektives Sicherheitssystem: Neue Wege zwischenstaatlicher Friedenswahrung in Europa nach dem Wiener Kongreß 1815, in: Jahrbuch des Historischen Kollegs 1996, München 1997, S. 133–173.

54 Vgl. Paul W. SCHROEDER, Did the Vienna Settlement Rest on a Balance of Power?, in: AHR 97 (1992) S. 683–706; Enno E. KRAEHE, A Bipolar Balance of Power, in: Ibid. S. 707–715; Robert JERVIS, A Political Science Perspective on the Balance of Power and the Concert, in: Ibid. S. 716–724 und Wolf D. GRUNER, Was there a Reformed Balance of Power System or a Cooperative Great Power Hegemony?, in: Ibid. S. 725–732.

55 SCHROEDER, Transformation of European Politics (wie Anm. 21) S. 578–582; DERS., Vienna Settlement (wie Anm. 54) S. 683–706.

56 Ibid. S. 694. Vgl. DERS., Transformation of European Politics (wie Anm. 21) S. 580.

57 KRAEHE (wie Anm. 54) S. 710.

58 GRUNER, Balance of Power (wie Anm. 54) S. 726ff.

59 Ibid. S. 726.

18. Jahrhunderts, das zunehmend »zur Befriedigung und Bemäntelung der Machtinteressen der wenigen europäischen Großmächte pervertieren«⁶⁰ konnte, weil sich die Großmächte unter dem Vorwand der *Convenance* auf Kosten der kleineren Staaten saturierten. Andererseits schließen die von Schroeder zu recht konstatierten (Sub-)Hegemonien keineswegs aus, daß das Mächtesystem in sich ausbalanciert, also im Gleichgewicht gewesen ist, wie er selber ja auch durch den Begriff des »Äquilibriums« ausdrückte⁶¹.

Die Prüfung der Gültigkeit von Schroeders These steht auch im Mittelpunkt eines von ihm und Peter Krüger herausgegebenen Sammelbandes⁶². Dieser geht auf eine Tagung vom November 1997 in Monticello, Illinois zurück, die auf Einladung des Deutschen Historischen Instituts Washington und der Universität von Illinois – Schroeders akademischer Wirkungsstätte – Historiker und Politikwissenschaftler versammelte. Der Reiz des Bandes liegt nicht nur in einer anregenden Fragestellung und den interdisziplinären Diskutanten, sondern auch in der straffen Gliederung der verschiedenen Sektionen. Diese orientieren sich an vier chronologischen Abschnitten: 1618–1763, 1763–1812, 1812–1856 und 1856 bis zur Gegenwart, wobei zu Beginn jeweils eine kurze Einführung in die Epoche und ihre spezifischen Charakteristika und Problemen steht, der dann drei Aufsätze folgen, denen sich wiederum ein oder zwei Schlußkommentare anschließen. Leitfragen sind: Inwiefern trifft Schroeders These von der Verwandlung der internationalen Politik in der Endphase der Revolutionskriege 1813–1815 zu? Gibt es vergleichbare Prozesse in der frühneuzeitlichen oder der neuzeitlichen Geschichte bis ins 20. Jahrhundert? Wie ertragreich ist der systemische Ansatz, um »Ordnungsstrukturen«, deren Entstehung, Leitmotive und Wirkungsweise, im internationalen System offen zu legen⁶³?

Schroeders stark diskutierte These über die einschneidende Bedeutung des Wiener Kongresses und der vorangegangenen Kriege steht im Mittelpunkt von Sektion III: »Breakthrough to a New Concert System and Its Operation, 1812–1856«. Die hier versammelten Beiträge reflektieren noch einmal jene Zustimmung, aber auch die Einwände, die Schroeder bereits nach Erscheinen seines Opus magnum Mitte der 1990er Jahre auslöste, zumal hier teilweise dieselben Diskutanten wie damals zu Wort kommen (Wolf D. Gruner, Enno F. Kraehe). Insofern sind sie interessant vor allem für denjenigen, der die frühere Diskussion nicht verfolgt hat. Allerdings erweitert Wolf D. Gruner seine Einwände gegen Schroeders »Äquilibriums-Konzept« um die Darlegung einer umfassenden Agenda der Erforschung internationaler Beziehungen – einem nachdrücklichen Plädoyer für die Berücksichtigung der *forces profondes* Pierre Renouvins und Jean-Baptiste Duroselles sowie eines interdiszi-

60 Heinz DUCHHARDT, Gleichgewicht der Kräfte, *Convenance*, Europäisches Konzert. Friedenskongresse und Friedensschlüsse vom Zeitalter Ludwigs XIV. bis zum Wiener Kongreß, Darmstadt 1976, S. 171.

61 Hierbei beruft sich Schroeder auf den zeitgenössischen Wortgebrauch, demzufolge das normierte Äquilibrium ausdrücklich vom mechanistischen Gleichgewicht unterschieden wurde (vgl. Paul W. SCHROEDER, Epilogue: Transformation or Evolution – Linear or Catastrophic?, in: KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 323–332 [328f.]). Diese scharfe Trennung zwischen zwei Begriffen, die tatsächlich durchaus noch beide und teilweise sogar synonym gebraucht wurden, hat BAUMGART (wie Anm. 22) S. 147–165 zu Recht als »künstlich« bezeichnet, obwohl er Schroeders These von der zäsiierenden Bedeutung der Jahre 1814/15 für das europäische Mächtesystem grundsätzlich zustimmt. Vgl. auch Hans FENSKE, Gleichgewicht, Balance, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2: E–G, Stuttgart 1979, S. 959–996 und Wolf D. GRUNER, Gleichgewicht, europäisches Staatensystem und europäische Einigungsidee, in: KRÜGER (Hg.), Staatensystem (wie Anm. 21) S. 207–212.

62 KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *).

63 KRÜGER, General Introduction, in: Ibid., S. 12.

plinären Ansatzes, der nicht nur Historiker, sondern auch Sozialwissenschaftler und Sozialpsychologen mit einbezieht⁶⁴.

Günther Heydemann wiederum betont zu recht, wie stark ungeachtet des gemeinsamen Interesses an Friedenswahrung und Revolutionsprophylaxe die Unterschiede der politischen Systeme – zwischen den autokratischen Ostmächten Rußland, Österreich sowie Preußen einerseits und den liberal-konstitutionellen Westmächten Großbritannien und Frankreich andererseits – waren und wie stark sie zunehmend auch die Außenpolitik der jeweiligen Staaten sowie die Handlungsfähigkeit des Europäischen Konzerts beeinflussten⁶⁵. Auf Bruchlinien innerhalb der Pentarchie verweist auch Edward Ingram mit Bezug auf den Balkanraum, der sich im Zuge der Erosion des Osmanischen Reiches im 19. Jahrhundert zunehmend zum Austragungsort kriegsträchtiger Rivalitäten zwischen den europäischen Großmächte entwickelte, die zuletzt auch von der europäischen Peripherie in das Zentrum des Kontinents zurückschlugen⁶⁶. Volker Sellin untersucht im besonderen Frankreichs Stellung in der Wiener Nachkriegsordnung, wobei er allerdings in der Tradition der älteren Forschung einseitig einen andauernden französischen Revisionismus unterstellt, ohne die Leistung fast aller französischen Regierungen zwischen 1814 und 1852 ausreichend zu würdigen, trotz einer zweifellos kritischen öffentlichen Meinung in Frankreich gegenüber den Wiener Verträgen eine umsichtige, auf Friedenswahrung bedachte Außenpolitik praktiziert und damit wesentlich zur Stabilität der Wiener Nachkriegsordnung beigetragen zu haben⁶⁷. John Vasquez wiederum untermauert in seinem Schlußkommentar Schroeders Transformations-These mit Ergebnissen der politikwissenschaftlichen Friedensforschung⁶⁸.

Der Wiener Kongreß und die dort beschlossene europäische Nachkriegsordnung werden auch in einem neuen Band des »Handbuchs der Geschichte der Internationalen Beziehungen« behandelt⁶⁹. Die leider nur in sehr großen Abständen erscheinende Reihe ist auf neun Bände angelegt und soll den Geschichtszeitraum von der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert abdecken. In der chronologischen Ordnung der Reihe ist der nun erschienene Band der fünfte. Ähnlich wie bei den übrigen Bänden sind auch hier die Zäsuren durchaus erklärungsbedürftig: Das gilt weniger für den Terminus ante quem – die epochale Bedeutung der französischen Julirevolution von 1830 leuchtet ein. Anders steht es mit dem Terminus post quem: Hier kann selbst der Autor des Bandes nur chronologische »Näherungswerte« angeben, indem er den britisch-amerikanischen Friedensvertrag von Versailles 1783, den französisch-britischen Handelsvertrag von 1786, die preußische Intervention in den Niederlanden 1787 oder unmittelbar für das Jahr 1785 die Gründung des von Preußen initiierten Deutschen Fürstenbundes anführt. Einen überzeugenden Einschnitt für die Geschichte der internationalen Beziehungen stellt keines dieser Ereignisse dar – zumindest nicht gemessen an dem Epochenjahr »1789« und dem weltbewegenden Ereignis der Französischen Revolution, das zwar nicht unmittelbar, doch zumin-

64 Wolf D. GRUNER, *The Vienna System: Reconstruction of Europe beyond Power Politics, 1812–1820. Reflections on New Approaches to the History of International Relations*, in: *Ibid.* S. 165–186.

65 Günther HEYDEMANN, *The Vienna System between 1815 and 1848 and the Disputed Antirevolutionary Strategy: Repression, Reforms, or Constitutions?*, in: *Ibid.* S. 187–204.

66 Edward INGRAM, *Bellicism as Boomerang: The Eastern Question during the Vienna System*, in: *Ibid.* S. 205–226.

67 Volker SELLIN, *Conclusion: France, the Vienna Settlement, and the Balance of Power*, in: *Ibid.* S. 227–234. Zur französischen Innen- und Außenpolitik innerhalb der Wiener Nachkriegsordnung vgl. MARCOWITZ, *Großmacht* (wie Anm. 26).

68 John A. VASQUEZ, *Conclusion: The Vienna System: Why It Worked and Why It Broke Down*, in: KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 235–234.

69 ERBE (wie Anm. *).

dest sehr bald auch die internationale Politik in Europa und weit darüber hinaus tiefgreifend veränderte. Hiermit hätte der neue Band des »Handbuchs der Geschichte der Internationalen Beziehungen« besser einsetzen sollen.

In Aufbau und Inhalt folgt er den Vorgaben der ganzen Reihe und spiegelt damit die heute gängige Abkehr von den internationalen Beziehungen als einer primär politischen Geschichte. Vielmehr liegt dem Band ein multiperspektivischer Ansatz zugrunde, der genuin politische Entwicklungen mit wirtschaftlichen, kulturellen, mentalen, geopolitischen und strategischen Gegebenheiten und Prozessen verbindet. Teil 1 behandelt Strukturen und damit die Rahmenbedingungen internationaler Politik: Dazu gehören Kapitel zu Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen, dem Völkerrecht, politischen Ideen und öffentlicher Meinung sowie den Instrumentarien und Mitteln der Außenpolitik – Diplomatie, Kriegswesen und Wirtschaftspolitik. Dem schließt sich eine Übersicht der Akteure der internationalen Politik an, wobei nicht nur die europäischen Großmächte Großbritannien, Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland und das Osmanische Reich behandelt werden, sondern auch mittlere und kleinere Staaten in Europa sowie – erfreulicherweise – außereuropäische Mächte wie Persien, Indien, die Vereinigten Staaten von Amerika und der südamerikanische Raum. Teil 2 behandelt die Ereignisgeschichte weitgehend chronologisch vom Vorabend der Revolutionskriege Mitte der 1780er Jahre bis zur lateinamerikanischen Dekolonisations- und Emanzipationsbewegung in den 1820er Jahren. In einer Schlußbetrachtung resümiert Erbe noch einmal die ereignisgeschichtliche Entwicklung von 1785 bis 1830. Gemäß den Richtlinien der Reihe wird auch dieser Band durch ausführliche Literaturhinweise, ein Personen- und Sachregister sowie durch Karten, Graphiken und Abbildungen ergänzt.

Unzweifelhaft ist Erbes Darstellung ein wertvolles Hilfsmittel für jeden, der sich in die Geschichte der internationalen Beziehungen der Zeit einarbeiten will. Indes enttäuscht sie in anderer Hinsicht doch nachdrücklich: Das betrifft vor allem das Fehlen jeglicher Forschungsdiskussion – eine Schwäche, die vor allem im Hinblick auf Schroeders These zum Wiener Kongreß sowie die sich anschließende Kontroverse auffällt. Bibliographisch erfaßt ist die Studie des amerikanischen Historikers zwar – nicht hingegen die Titel seiner Kritiker –, doch wird Schroeders Betonung der kathartischen Wirkung der Revolutionskriege für das Denken der auf dem Wiener Kongreß versammelten Staatsmänner und dessen Bedeutung für die Wiener Nachkriegsordnung allenfalls kurz gestreift, aber nirgendwo ausführlicher dargestellt, geschweige denn bewertet – weder im Kapitel über Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen noch in jenem über den Wiener Kongreß und die Neuordnung Europas. Überdies wäre es wünschenswert gewesen, die zunehmende Demokratisierung und Ideologisierung der auswärtigen Beziehungen seit der Französischen Revolution durch den wachsenden Einfluß der öffentlichen Meinung und unterschiedlicher gesellschaftlicher Pressuregroups einmal genauer darzustellen – zumindest im Hinblick auf jene Länder, in denen diese Entwicklung bereits damals weit vorangeschritten war: Großbritannien und Frankreich.

Sehr viel anregender sind da jene Aufsätze aus dem Buch von Schroeder und Krüger, welche das Jahrhundert vor dem Wiener Kongreß sowie die Zeit zwischen dem Krimkrieg und dem Ende des Ost-West-Konflikts untersuchen und dabei Schroeders Transformationsansatz auf seine Brauchbarkeit als ein generelles Interpretament zur Analyse der internationalen Beziehungen prüfen. Das gilt nicht zuletzt für die Frühe Neuzeit: Heinz Duchhardt plädiert mit überzeugenden Argumenten für 1713 als Eingangszäsur für eine Darstellung der auswärtigen Beziehungen seit dem 18. Jahrhundert – der Frieden von Utrecht verankerte erstmals das Gleichgewichtsprinzip als Regulativ europäischer Großmachtspolitik und schuf damit eine bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts durchaus friedenssichernde europäische Ordnung⁷⁰. Auf frühneuzeitliche Vorläufer von Schroeders Wiener Nachkriegsord-

70 Heinz DUCHHARDT, Section I: Introduction, in: KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 25–28.

nung verweist auch Klaus Malettke, indem er an Pläne Kardinal Richelieus erinnert, die auf ein kollektives Sicherheitssystem hinausliefen und Frankreich gleichzeitig eine Rolle als Schiedsrichter Europas sicherten⁷¹. Lucien Bély wiederum betont ungeachtet der »Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit«⁷², ja der »bellizistischen Disposition«⁷³ des frühneuzeitlichen Mächtesystems, die positive Wirkung verschiedener systemischer Faktoren: Dazu gehörten Diplomatie und dynastische Verbindungen ebenso wie ein gemeinsamer adliger Verhaltenskodex und die Akzeptanz einer Hierarchie der Spieler im »Europäischen Theater«⁷⁴. Charles Ingrao ergänzt, daß nicht das Gleichgewichtsprinzip – dessen Geschichte Paul Sonnino neu beleuchtet⁷⁵ – an und für sich zum Zerfall des europäischen Mächtesystems in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts geführt habe – wie Schroeder unterstellt –, sondern die Aushöhlung seiner stabilisierenden Elemente: die Abschreckung potentieller Aggressoren und ein gemeinsames Legitimitätsverständnis⁷⁶.

Den Zerfall dieser Ansätze eines durchaus friedensfähigen frühneuzeitlichen Mächtesystems untersuchen verschiedene Aufsätze, die sich mit den Jahren 1763 bis 1812 beschäftigen: Timothy C. W. Blanning analysiert die Auswirkungen des Zeitalters der Französischen Revolution auf die internationale Politik und das europäische Mächtesystem; die revolutionäre Inkubationsphase bilden für ihn die zweieinhalb Jahrzehnte vor 1789, da sie eine rücksichtslose territoriale Expansion, die konfliktrichtige Suche nach Kompensation und eine aus diesen beiden Entwicklungen resultierende wachsende allgemeine Unsicherheit geprägt hätten⁷⁷. Dabei verweist er allerdings entgegen – oder vielleicht eher in Ergänzung zu – Schroeders systemischer Erklärung dieser Entwicklung auf deren kontingente Züge. Weitere Beiträge beleuchten diese Phänomene noch zusätzlich aus der Perspektive des aufsteigenden Rußlands⁷⁸, des geschwächten Frankreichs⁷⁹ und des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, das zunehmend mehr Objekt als Subjekt der Politik der europäischen Politik wurde⁸⁰. In einem Schlußkommentar systematisiert der Politikwissenschaftler Robert Jervis unterschiedliche Konzeptionen einer Balance of Power und erörtert die Interaktion von Innen- und Außenpolitik⁸¹.

Nicht so ausführlich wie die Frühe Neuzeit und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts werden die folgenden Epochen behandelt: Die Jahre 1858 bis zur Gegenwart (1990) sind nur das Thema einer Sektion, in die Peter Krüger luzide einführt⁸². Dies ist insofern bedauerlich, als die Frage nach der Bedeutung des Krimkrieges für die internationalen Beziehungen, die unterstellte völlige Entsolidarisierung der europäischen Großmächte, deren Übergang zur

71 Klaus MALETTKE, French Foreign Policy and the European States System in the Era of Richelieu and Mazarin, in: *Ibid.* S. 29–44.

72 Johannes BURCKHARDT, Die Friedlosigkeit der Frühen Neuzeit. Grundlegung einer Theorie der Bellizität Europas, in: *ZHF* 24 (1997) S. 509–574.

73 Johannes KUNISCH, Fürst – Gesellschaft – Krieg. Studien zur bellizistischen Disposition des absoluten Fürstenstaates, Köln u. a. 1992.

74 Lucien BÉLY, European Powers and Sovereign Houses, in: KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 45–62.

75 Paul SONNINO, What Kind of Idea is the Idea of »Balance of Power«?, in: *Ibid.* S. 63–76.

76 Charles INGRAO, Conclusion: The Balance of Power: From Paradigm to Practice, in: *Ibid.* S. 77–82.

77 Timothy C. W. BLANNING, Section II. Introduction, in: *Ibid.* S. 85–91.

78 Hugh RAGSDALE, Russian Foreign Policy, 1763–1815: Does it exemplify Paul W. Schroeder's Theses?, in: *Ibid.* S. 129–152.

79 H. M. SCOTT, The Decline of France and the Transformation of the European States System, 1756–1792, in: *Ibid.* S. 129–152.

80 Karl Otmar von ARETIN, The Empire and European Politics, 1763–1806, in: *Ibid.* S. 91–104.

81 Robert L. JERVIS, Conclusion: Interaction and International History, in: *Ibid.* S. 153–158.

82 Peter KRÜGER, Section IV: Introduction, in: *Ibid.* S. 245–255.

nur noch machtgestützten »Realpolitik« und die Auswirkungen der Nationalstaatsgründungen – vor allem Italiens und Deutschlands – auf die Kohäsion und Stabilität des europäischen Mächtesystems zeitweise sehr kontrovers diskutiert wurden. Francis Roy Bridge setzt hier in seinem Beitrag deutliche Akzente⁸³: Er widerspricht nicht nur Schroeders Interpretation, daß der Erste Weltkrieg aus einem strukturellen Zusammenbruch des Europäischen Konzerts resultierte⁸⁴, sondern er betont auch gerade dessen Anpassungsfähigkeit an die Veränderungen des internationalen Mächtesystems in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die erst in dem Moment nicht mehr ausreichte, als einzelne Akteure – vor allem das Deutsche Reich – offen gegen die Prinzipien und Regeln des Systems verstießen. Diese Position knüpft an ältere Deutungen an, denen zufolge erst 1914 das Ende der Wiener Nachkriegsordnung markierte⁸⁵. Hingegen hat die Forschung in den letzten Jahrzehnten mehrheitlich den Krimkrieg als entscheidenden Bruch mit den ersten Ansätzen eines organisierten europäischen Staatensystems nach dem Wiener Kongreß gedeutet⁸⁶: An die Stelle des »Europäischen Konzerts« sei eine nationalegoistische »Realpolitik« getreten, deren Basis kein neues Recht, kein neues Übereinkommen, geschweige denn ein gemeinsames Verantwortungsgefühl, sondern der reine *Sacro egoismo* und die nackte Macht gewesen seien.

Vielleicht verdiente diese Frage tatsächlich wieder eine neue Betrachtung: Statt dem in der Regel betonten Bruch außenpolitischer Denkmuster und Verhaltensweisen sowie der Hervorhebung veränderter systemischer Bedingungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollte stärker nach der Konstanz der Prinzipien der Wiener Nachkriegsordnung und der Funktionsfähigkeit des europäischen Staatensystems über die 1850er Jahre hinaus gefragt werden. Das bedeutet keine nahtlose Anknüpfung an die ältere Forschungstradition – die »Krimkriegssituation«⁸⁷ ist zweifellos ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte des europäischen Mächtesystems. Allerdings stellt sich die Frage, ob eine einfache Schwarz-Weiß-Zeichnung – hier Europäisches Konzert, dort mehr oder minder große europäische Anarchie – der Wirklichkeit entspricht. Vielmehr gilt es stärker zu differenzieren sowohl was die ersten Jahrzehnte der Wiener Nachkriegsordnung anbetrifft als auch im Hinblick auf die Zeit nach dem Krimkrieg. Schon für den Zeitraum 1815 und 1854 ist das Bild nicht so vorteilhaft, wie gerne suggeriert wird, vielmehr ist bereits damals ein gradueller und sukzessiver Übergang von ideell geleiteter Prinzipienpolitik im Zeichen europäischer Mächtesolidarität zu primär machtorientierter Realpolitik auszumachen.

In diesen fast vier Jahrzehnten haben alle Großmächte einmal gegen Geist und Inhalt der Wiener Vereinbarungen verstoßen – manchmal mit guten Gründen, aber immer nach

83 Francis R. BRIDGE, Transformation of the European States System, 1856–1914, in: *Ibid.* S. 255–273.

84 SCHROEDER, Vienna System (wie Anm. 51) S. 119–122.

85 Zur Forschungsgeschichte vgl. DOERING-MANTEUFFEL, Deutsche Frage (wie Anm. 5) S. 92–96.

86 *Ibid.* Vgl. auch Eckart CONZE, »Wer von Europa spricht, hat Unrecht.« Aufstieg und Verfall des vertragsrechtlichen Multilateralismus im europäischen Staatensystem des 19. Jahrhunderts, in: *Historisches Jahrbuch* 121 (2001) S. 214–241. Dissenter, die stärker Kontinuität als Diskontinuität nach 1856 betonen, sind neben Bridge noch Immanuel GEISS, Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914, München, Zürich 1990, S. 90–96 und Wolf D. GRUNER, Die deutsche Frage in Europa 1800–1990, München 1993, S. 138f. sowie – aus politikwissenschaftlicher Perspektive und sehr dezidiert – Peter Graf KIELMANSEGG, Mächtesystem und Entscheidungsprozeß um 1870. Anmerkungen eines Politikwissenschaftlers, in: Eberhard KOLB (Hg.), Europa vor dem Krieg von 1870, München 1987, S. 119–123.

87 Andreas HILLGRUBER, Otto von Bismarck. Gründer der europäischen Großmacht Deutsches Reich, Göttingen, Zürich, Frankfurt a. M. 1978, S. 107. Vgl. DERS., Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1995, S. 21–24 sowie Klaus HILDEBRAND, Die »Krimkriegssituation«. Wandel und Dauer einer historischen Konstellation der Staatenwelt, in: Jost DÜLFFER, Bernd MARTIN, Günter WOLLSTEIN (Hg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt a. M., Berlin 1990, S. 37–51.

Maßgabe ihres eigenen Vorteils⁸⁸: Großbritannien, das sich Anfang der 1820er Jahre sukzessive aus den Verbindlichkeiten des Kongreßsystems löste – aus Protest gegen dessen reaktionäre Praxis, aber auch um sich neue Märkte in den unabhängigen Staaten Südamerikas zu erschließen oder in den entstehenden europäischen Verfassungsstaaten potentielle Verbündete zu gewinnen. Rußland, das Anfang der 1830er Jahre die in Wien verbrieften Sonderrechte Kongreßpolens aufhob. Österreich, das 1846 – unter tatkräftiger Unterstützung des Zarenreichs wie Preußens – die 1815 geschaffene »Freie Stadt« Krakau annektierte. Die Intervention Rußlands zusammen mit den beiden Westmächten im griechischen Unabhängigkeitskrieg in der zweiten Hälfte der 1820er Jahre hätte sogar beinahe das Europäische Konzert gänzlich gesprengt. Die einstigen Siegermächte von 1814/15 »sündigten« dann 1830 im Falle Frankreichs, als sie den Verfassungsbruch Karls X. teilweise beifällig aufnahmen, aber auch den folgenden Sturz der legitimen Dynastie hinnahmen sowie – zusammen mit dem orléanistischen Frankreich – anschließend die belgische Unabhängigkeit akzeptierten. Damit obsiegte endgültig ein Trend zur Rationalisierung und Säkularisierung der internationalen Beziehungen, denn ein revolutionärer Umsturz von Teilen der Wiener Nachkriegsordnung war fortan für die europäische Staatengemeinschaft kein ideologischer Sündenfall mehr, sondern nur noch ein internationaler Störfall, der nicht mehr aus ideellen Gründen behoben werden mußte – die alte Prämisse der »Heiligen Allianz« – , sondern nur noch aus rein praktischen Erwägungen, sofern er den europäischen Frieden gefährdete. Deshalb akzeptierten die Siegermächte von 1814/15 schließlich auch 1848 die Wahl von Louis-Napoléon Bonaparte zum Staatspräsidenten und vier Jahre später sogar seine Ausrufung des Kaiserreichs. Alles in allem lassen sich die Jahrzehnte nach dem Wiener Kongreß als ein Beleg für die Beachtung völkerrechtlicher Prinzipien seitens der Großmächte sowie für multilaterales Denken und Handeln interpretieren, man kann sie aber genauso gut umgekehrt als eine Abfolge von Verstößen gegen die Wiener Verträge von 1814/15 nach Maßgabe eines durchaus schon »realpolitischen« Machtkalküls deuten.

Deshalb stellt sich auch mit Blick auf das europäische Mächtesystem nach 1856 die Frage, ob trotz eines unleugbaren Wandels im internationalen Habitus der verschiedenen nationalen Akteure und angesichts deren gewachsener Konflikt-, ja Kriegsbereitschaft nicht dennoch wichtige Mechanismen der Wiener Nachkriegsordnung überdauerten und die internationale Politik derart stabilisierten, daß ein großer Krieg weitere knapp sechs Jahrzehnte verhindert werden konnte. Der geschichtswissenschaftliche Hang – und natürlich auch Zwang – zur Periodisierung scheint an dieser Stelle der Gefahr zu erliegen, aus eher graduellen Abweichungen und Entwicklungen des internationalen Mächtesystems absolute Trends und eine völlige Umkehr des Bisherigen zu konstruieren. Zudem werden historische Einschätzungen und Forschungspositionen immer auch durch die Zeitumstände, in denen sie jeweils entstehen, geprägt. Insofern wurde das europäische Mächtesystem des 19. Jahrhunderts nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem in Westdeutschland vor dem Hintergrund einer verständlichen Diskreditierung des Nationalstaats und der beginnenden sowie dann zunehmend erfolgreicherer westeuropäischen Einigungspolitik beurteilt. Von einem solchen historischen Anachronismus gilt es sich jedoch zu lösen und neu zu fragen: Wurden die Wiener Nachkriegsordnung sowie ihre Prinzipien und Regeln seit der Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich obsolet⁸⁹?

88 Zu Ablauf und Inhalt der im folgenden aufgeführten internationalen Krisen und Prozessen vgl. ERBE (wie Anm. *) S. 343–382 und BAUMGART (wie Anm. 22) S. 271–351. Zur Deutung MARCOWITZ, Großmacht (wie Anm. 26) S. 222f.

89 Natürlich erwächst auch ein solcher »Revisionismus« wiederum aus der eigenen Gegenwartserfahrung, die ungeachtet aller Globalisierungstendenzen und einer zumindest in Europa voranschrei-

Einerseits wurden sie dies sicherlich – im Hinblick auf ein sich eng abstimmendes und völkerrechtlich normiertes Mächtesystem. Zudem wurden zumindest regional begrenzte Kriege selbst einzelner Großmächte untereinander wieder zum Mittel der Politik – wie vor allem die militärischen Konflikte im Zusammenhang mit der Schaffung des italienischen und des deutschen Nationalstaats belegten –, weil sich die frühere Angst vor einer sozialen Revolution, die man ursprünglich bei jeder gewaltsamen Auseinandersetzung befürchtet hatte, zunehmend verflüchtigte, zumal nun eine neue Generation von Politikern antrat, die nicht mehr durch die Zeit der Französischen Revolution und der Revolutionskriege geprägt war. Andererseits sollte man den ideellen Gehalt der vorherigen Mächtesolidarität – wie bereit gezeigt – nicht überbewerten. Vor allem aber blieben sich auch die neuen »Realpolitiker« ihrer europäischen Eingebundenheit bewußt. Die damals verbreitete Geringschätzung Europas und des Europäischen Konzerts bezog sich immer auf die Vorstellung liberaler oder konservativer Provenienz von einem einheitlichen »Europa« als einem abstrakten Agens. Die »großen Nationen« und die Berücksichtigung von deren gegenseitigen Interessen bei der Durchsetzung eigener nationaler Ziele spielten hingegen weiterhin eine Rolle.

Insofern war »Europa« auch nach 1856 keineswegs nur eine »*notion géographique*«⁹⁰. Vielmehr gab es weiterhin ein internationales System in Europa, ganz sicher rein formalistisch als »die Gesamtheit politischer Einheiten, welche untereinander reguläre Beziehungen unterhalten und in einen allgemeinen Krieg hineingezogen werden können«⁹¹, aber auch im Sinne eines tatsächlichen normativen Interaktionssystems, dessen gemeinsames Ziel – wie seit 1814/15 – die Vermeidung des »Großen Krieges« blieb, wengleich diese Kriegsprophylaxe nicht mehr in Form eines durchstrukturierten und ideologisch weitgehend homogenen Europäischen Konzerts geschah, das indes auch nur in den ersten Jahren der Wiener Nachkriegsordnung wirklich funktioniert hatte. Dies wiederum belegt, daß die für das 19. Jahrhundert gerne konstruierte Dichotomie nicht stimmt – hier zunächst alte Monarchien, die ein gemeinsames europäisches Bewußtsein sowie die Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Solidarität im Zeichen der Legitimität einte; dort später neue Machtstaaten, die ebenso autistisch wie konfliktbereit auf die Durchsetzung ihrer jeweili-

tenden Integration wichtiger politischer Sektoren nicht nur die andauernde Überlebensfähigkeit des Nationalstaats belegt, sondern auch die Virulenz alter und neuer internationaler Konfliktmuster, angesichts derer jede Arroganz gegenüber dem vermeintlich besonders konfliktträchtigen Mächtesystem der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie reine Ignoranz erscheint. So wünschenswert eine weitere Durchsetzung multilateraler und supranationaler Strukturen in der internationalen Politik ist, so realistisch erscheint die Annahme, daß dies bestenfalls ein langfristiger sowie sehr wahrscheinlich noch lange regional wie sektoral beschränkter Prozeß sein wird und bis dahin die Fülle neuer Konflikte und Krisen mit dem Instrumentarium klassischer Diplomatie und in Ausnahmefällen auch – leider – mit begrenzten militärischen Mitteln beigelegt werden muß. Hier kann der Blick auf das multipolare System des 19. Jahrhunderts – auch in dessen zweiter Hälfte – wertvolle Hinweise geben: ermutigende wie warnende.

90 Der russische Staatskanzler Fürst von Gortschakow an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck vom 21.10./2.11.1876 (Randbemerkung Bismarcks), in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Bd. 2: Der Berliner Kongreß und seine Vorgeschichte, Berlin 1922, S. 86f. (Nr. 255). Dieses gern zitierte abschätzige Europa-Diktum Bismarcks, dem sich weitere zuordnen ließen (vgl. Diktat des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, z.Z. in Varzin, 9.11.1876, in: Ibid. S. 87–92 [S. 87] [Nr. 256]), sollte man nicht überbewerten: Bismarck neigte zu drastischen Formulierungen und provozierendem Sarkasmus, ohne daß dies seiner praktischen Politik immer entsprach. Zudem finden sich bei ihm durchaus auch etliche Bekenntnisse zu Europa (vgl. die sehr differenzierte Analyse von Theodor SCHIEDER, Bismarck und Europa. Ein Beitrag zum Bismarck-Problem, in: Werner Conze [Hg.], Deutschland und Europa. Historische Studien zur Völker- und Staatenordnung des Abendlandes, Düsseldorf 1951, S. 15–40).

gen nationalen Interessen nach Maßgabe unbedingter Souveränität und kühl kalkulierender Staatsräson fixiert waren.

Vielmehr waren nationale »Realpolitik« und europäische Stabilität weiterhin durchaus miteinander vereinbar. Mehr noch: Gerade die voranschreitende Fragmentierung der alten europäischen Ordnung bedingte ein besonders hohes Maß an Kooperation und gegenseitiger Rücksichtnahme aller Beteiligten. Die Ausbalancierung, ja Erhaltung der neuen – stark nationalstaatlich geprägten – Ordnung wurde nämlich wegen der Vielzahl der Akteure, deren jeweiliger, oft gegenläufiger, Identitäten und Interessen, aber auch aufgrund von deren unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und politischen Ordnungen zunehmend schwieriger. Gleichzeitig wurde sie aber umso notwendiger, weil die eigene Existenz ohne ein einigendes Band und ohne eine permanente Konsensstiftung weit stärker noch als in früheren Formationen des Staatensystems gleich doppelt gefährdet war: durch eine einzelstaatliche Hegemonie ebenso wie durch eine internationale Anarchie.

Aus dieser Überzeugung heraus kam es zunächst weiterhin nicht zu einem, das Mächtesystem als Ganzes zerstörenden allgemeinen europäischen Krieg. Die notwendige europäische Kompatibilität nationaler Außenpolitik blieb trotz durchaus erschwerter Bedingungen auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erhalten. Davon zeugt die andauernde Praxis internationaler Konferenzen, auf denen strittige Fragen weiterhin »diplomatisiert« und »europäisiert«, also gemeinsam verhandelt wurden⁹². Überdies erwies sich das europäische Mächtesystem erst durch die endgültige Lockerung alter Bündnisse und ideologischer Affinitäten in den 1850er Jahren als elastisch und reformfähig genug, um neue nationalstaatliche Akteure ohne größere Erschütterungen aufzunehmen. Dies aber war umso wichtiger, als die aufstrebenden Kräfte sich ja durchaus auf ein Prinzip berufen konnten – jenes der nationalen Selbstbestimmung –, das in größeren Teilen Europas mittlerweile als legitim angesehen wurde.

Die Einsicht in die Notwendigkeit der Einbindung einzelstaatlicher Politik in den europäischen Kontext galt gerade im Hinblick auf Preußen-Deutschland – nicht nur für die Zeit nach 1871, sondern auch schon in der Phase der sogenannten Reichseinigungskriege. Damit soll keineswegs einer neuen Bismarck-Orthodoxie das Wort geredet werden: Bismarcks machiavellistische Bereitschaft zu konsequenter, ja skrupelloser Ausnutzung sich bietender außenpolitischer Gelegenheiten zur preußisch-deutschen Einigung in den 1860er Jahren, notfalls auch mit militärischen Mitteln, hat durchaus abstoßende Züge. Dennoch erfaßt seine Charakterisierung als einen politischen Zyniker, der »die Herauslösung staatlicher Machtausübung aus ethischen Normierungen und Werthaltungen« betrieben habe⁹³, nur eine Facette seiner Persönlichkeit und sicher nicht seine Außenpolitik insgesamt.

Bismarck akzeptierte und respektierte »Europa« als die Gesamtheit europäischer Großmächte. Dementsprechend achtete er zunächst darauf, daß sich die Einigung Deutschlands in den Grenzen dessen bewegte, was der Rest von Europa billigen konnte. Dies geschah zwar nicht auf dem großen Forum eines neuen europäischen Kongresses – den letztlich niemand wünschte –, wohl aber auf bilateralem und informellem Weg. Nach 1871 bemühte der Reichskanzler sich dann erfolgreich, das internationale System auf dem Kontinent durch eine Mischung aus eigener außenpolitischer Zurückhaltung, klassischen Kompensationsgeschäften und durch die Wiederbelebung einer zumindest partiellen Mächtesolidarität dauerhaft zu stabilisieren. Sein ebenso kompliziertes wie originelles Bündnis-

91 Raymond ARON, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Frankfurt a. M. 1963, S. 117. Vgl. Peter KRÜGER, *Internationale Systeme als Forschungsaufgabe*, in: DERS. (Hg.), *Kontinuität* (wie Anm. 21) S. 9–18.

92 BAUMGART (wie Anm. 22) S. 155.

93 Derart kritisch DOERING-MANTEUFFEL, *Deutsche Frage* (wie Anm. 5) S. 44f.

system stellte eine zeitgemäße Form des Europäischen Konzerts dar, denn seine vielfältigen informellen Abmachungen und konkreten Verpflichtungen banden alle Großmächte außer Frankreich mehr oder minder an Deutschland und verbanden sie teilweise auch untereinander. Dieser »kontinentale Ordnungsversuch«⁹⁴ der deutschen Außenpolitik ermöglichte nicht nur noch einmal einen letzten europäischen Friedenskongreß – den Berliner Kongreß von 1878 –, sondern verhinderte auch einen neuen »Großen Krieg« und das im anbrechenden konfliktträchtigen Zeitalter des Imperialismus. Das sollte nicht so gering geachtet werden, wie dies jene tun, die auf der Zäsur des Krimkriegs beharren. Gleichzeitig relativiert es den Einwand, daß es sich beim Status quo nach 1871 um eine »Stabilisierung ohne Konsolidierung« gehandelt habe⁹⁵, zumal sehr zweifelhaft ist, ob angesichts der säkularen Tendenzen von Liberalismus und Nationalismus eine einfache Rückkehr zum Status quo ante von 1814/15 überhaupt möglich gewesen wäre. Statt dessen könnten sogar strukturelle Bedingungen angeführt werden, die den Frieden in Europa nach 1871 sicherer machten⁹⁶: Erstens waren mit der deutschen und der italienischen Frage große Unruhepotentiale beseitigt. Zweitens einte die Großmächte weiterhin die Überzeugung, daß Kriege untereinander möglichst zu vermeiden seien.

Das andauernd »Europäische« der Bismarckzeit fällt insbesondere im Vergleich mit dem nachfolgenden »Wilhelminismus« auf⁹⁷: Dieser wirkte ähnlich erratisch und für die Nachbarn beunruhigend, wie es einst die »Theaterpolitik« (Maurice Paléologue) Napoleons III. gewesen war. Ein solches Verhalten wird zwar erklärlich, gleichwohl nicht entschuldbar durch den Hinweis auf einschlägige expansionistische und nationalistische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft. Indes ist der krasse deutsche Fall nach 1890 noch lange kein Beleg für eine allgemeine Regel internationalen Verhaltens in Europa. Im Gegenteil: Das Deutsche Reich isolierte sich mit seiner Politik, weil es ansonsten weiterhin einen Konsens gab, nationale Außenpolitik europäisch verträglich zu gestalten. Wo dies nicht geschah, drohte »Auskreisung«, selbst verschuldete Isolation, und dann eventuell sogar »Einkreisung« – eine Gegenmachtbildung, die den die Ordnung störenden Faktor einzudämmen versuchte. Dies mußte die deutsche Diplomatie zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfahren, als die britisch-französische Entente Cordiale zum Ausgangspunkt einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa wurde.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs bot das europäische Mächtesystem ein ambivalentes Bild⁹⁸: Auf der einen Seite ließen nationale, teilweise bereits rassistisch und sozialdarwinistisch aufgeladene Idiosynkrasien und machtpolitische Blockbildungen – hier die Mittel-

94 SCHIEDER (wie Anm. 90) S. 38.

95 Peter KRÜGER, Das Problem der Stabilisierung Europas nach 1871. Die Schwierigkeiten des Friedensschlusses und die Friedensregelung als Kriegsgefahr, in: DERS. (Hg.), Staatensystem (wie Anm. 21) S. 171–188 (S. 175).

96 Eberhard KOLB, Stabilisierung ohne Konsolidierung, in: Ibid. S. 189–195 (S. 192).

97 So – trotz seiner kritischen Einstellung zu den spätestens 1870/71 eingetretenen Änderungen des europäischen Mächtesystems – auch KRÜGER, Problem (wie Anm. 95) S. 185 Anm. 18.

98 ARON (wie Anm. 91) S. 130f. Sebastian CONRAD, Jürgen OSTERHAMMEL (Hg.), Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004; Jost DÜLFFER, Der Weg in den Krieg, in: Gerhard HIRSCHFELD u. a., Enzyklopädie Erster Weltkrieg, Paderborn u. a. 2003, S. 233–241; DERS., Vom europäischen Mächtesystem zum Weltstaatensystem um die Jahrhundertwende, in: DERS., Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert. Hg. v. Martin KRÖGER u. a., Köln u. a. 2003, S. 49–65 (S. 57f.); DERS. u. a., Vermiedene Kriege (wie Anm. 21); Madeleine HEEREN, Hintertüren der Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Außenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA 1865–1914, München 2000; KOLB (wie Anm. 96) S. 194f., Peter KRÜGER, Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert, München 1995, S. 6–10.

mächte, dort die Entente – einen »Großen Krieg« befürchten. Auf der anderen Seite kontrastierte diese machtpolitisch-nationalistische Signatur der Zeit und der »Topos vom unvermeidlichen Krieg«⁹⁹ mit einem starken Trend zur »Entspannung in den internationalen Beziehungen«¹⁰⁰ und der Erfahrung »vermiedener Kriege«¹⁰¹ im Zuge eines erfolgreichen Krisenmanagements in den letzten Jahrzehnten. Dieses resultierte wiederum nicht zuletzt aus einem verbreiteten Gefühl kultureller Gemeinsamkeit in Europa und einem hohen Grad an wirtschaftlich-technischem, aber auch humanitärem und völkerrechtlichem Internationalismus – das ein neuer modernisierungsbedingter Kitt nicht nur des sich mittlerweile abzeichnenden globalen, sondern auch des alten europäischen Staatensystems. Aus diesen unübersehbaren Anzeichen transnationaler Verflechtung leiteten durchaus kluge Zeitgenossen die These ab, ein allgemeiner europäischer Krieg entspreche nicht mehr dem Interesse der Staaten. Etwas anderes zu glauben, sei eine »große Täuschung«, wie der britische Schriftsteller und Publizist Norman Angell in seinem 1910 erschienenen und bis 1914 in elf Sprachen übersetzten Buch »The Great Illusion« pointierte¹⁰².

Dies legt es nahe, den Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht primär mit dem Hinweis auf die strukturelle Friedlosigkeit eines ebenso fragmentierten wie polarisierten Staatensystems zu erklären, sondern dies nur als eine Signatur der Zeit zu erkennen und daneben auch andere kontingente Faktoren sowie das strukturelle Fehlverhalten eines der Akteure des Systems zur Erklärung heranzuziehen: Die Reichsleitung hatte sich in den letzten beiden Jahrzehnten einer ausreichenden internationalen Abstimmung und Einbindung mehr oder minder verweigert und zeigte sich vor dem Hintergrund selbstverschuldeter wachsender Isolierung zunehmend bereit zur »Flucht in den Krieg«¹⁰³. Damit aber mißachtete sie jene Erkenntnis, die Bismarck noch geläufig gewesen war und die die Reichsgründung überhaupt erst ermöglicht hatte: Nur eine nachdrückliche Berücksichtigung der Interessen der übrigen europäischen Mächte sicherte den eigenen Nationalstaat. Dessen Hypertrophierung oder Selbstisolierung gefährdeten hingegen geradezu den nationalen Bestand, weil sie eine feindliche Koalition provozieren mußten, in letzter Konsequenz aber auch die Auflösung des für alle Akteure lebenswichtigen internationalen Systems riskierten.

Im Band von Krüger und Schroeder wird das 20. Jahrhundert – allerdings nur seine zweite Hälfte – in zwei Beiträgen behandelt: Klaus Schwabe untersucht die positive Wirkung der NATO, die ihm zufolge – in Schroeders Diktion – ursprünglich als Element einer mechanischen Balance of Power in Europa gegründet worden sei, aber zunehmend Züge eines

99 Wolfgang J. MOMMSEN, Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, in: Jost DÜLFFER, Kurt HOLL (Hg.), Bereit zum Krieg? Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen 1986, S. 194–224.

100 Friedrich KIESSLING, Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914, München 2002.

101 DÜLFFER u. a., Vermiedene Kriege (wie Anm. 21).

102 Norman ANGELL, The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to National Advantage, London 1910. Dies war zudem keineswegs eine Einzelmeinung: Bereits im Mai 1890 hatte der 89jährige, frühere Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke bei der Beratung der Heeresvorlage im Reichstag die Ansicht vertreten, ein neuer Krieg werde im Zeitalter des industrialisierten Volkskrieges unübersehbare Folgen haben. Ebenso wies Johann von Block in seinem 1899 erschienenen sechsbändigen Werk »Der Krieg« mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden nach, daß Kosten und Nutzen eines modernen Krieges in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander stünden (vgl. Eva BUCHHEIT, Der Briand-Kellogg-Pakt – Machtpolitik oder Friedensstreben?, Münster 1998, S. 22 Anm. 3).

103 Gregor SCHÖLLGEN (Hg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

europäischen Äquilibrium und einer Integration angenommen habe, für das europäische Gleichgewichtssystem in Europa 1949–1970¹⁰⁴. Georges-Henri Soutou wiederum betont die andauernde Existenz einer europäischen Ordnung, deren Prinzipien auf der Konferenz von Potsdam 1945 festgelegt worden seien und alle Konflikte und Krisen der Ost-West-Auseinandersetzung überdauert hätten, um schließlich im Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990 wieder aufzutauchen¹⁰⁵. Hier wären weitere Fallbeispiele wünschenswert gewesen – zum einen, um die sich an Schwabes und Soutous Beitrag anschließende Anregung Edward Kolodziejs aufzugreifen, jenseits von Macht, Krieg und Frieden müsse die Erforschung der internationalen Beziehungen auch Entwicklungen sozialer Ordnung, Wohlfahrt und Legitimität berücksichtigen¹⁰⁶, zum anderen um gerade eine der Leitfragen des Sammelbandes, jene nach der generellen Gültigkeit des Interpretaments von einer Verwandlung der internationalen Politik, zu beantworten. Dafür hätten sich der Prozeß der westeuropäischen Integration und seiner bewußtseins- und strukturverändernden Wirkungen auf das internationale System nach 1950 ebenso angeboten¹⁰⁷ wie die Auswirkungen von Neuer Ostpolitik seit Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre¹⁰⁸ und »Neuem Denken« der sowjetischen Außenpolitik seit Mitte der 1980er Jahre¹⁰⁹.

Auf ihre Grundfrage nach der prinzipiellen Bedeutung von Schroeders Ansatz geben die verschiedenen Beiträge des Sammelbandes einschließlich Schroeder selbst abschließend unterschiedliche Antworten. Alles in allem muß das Fazit wohl »Jein« lauten: Natürlich sind Konstanz und Wandel – mentaler, politischer und sozialer – grundsätzlich ein Thema der Geschichtswissenschaft wie der Geschichte der internationalen Beziehungen, wo die ähnliche Frage nach »Kontinuität und Diskontinuität« bereits vor längerer Zeit gestellt worden

104 Klaus SCHWABE, NATO and the Balance of Power in Europe, 1949–1970, in: KRÜGER, SCHROEDER (Hg.) (wie Anm. *) S. 273–300.

105 Georges-Henri SOUTOU, Was There a European Order between Potsdam and the 2 + 4-Treaty?, in: Ibid. S. 301–314.

106 Edward A. KOLODZIEJ, Conclusion: The Transformation of International Politics: Schroeder's Model as Guide and Constraint, in: Ibid. S. 315–322.

107 Zum Stand der (west-)europäischen Integrationsforschung vgl. Wilfried LOTH, Wolfgang WESSELS (Hg.), Theorien europäischer Integration, Opladen 2001, S. 87–106. Im Hinblick auf Transformationsprozesse im gesellschaftlichen und politischen Denken und Handeln ist vor allem die Europeanization-Forschung der letzten Jahre interessant: Pars pro toto Maurizio BACH (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Opladen 2000; Maria GREEN COWLES u. a. (Hg.): Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change, Ithaca, London 2001; Thomas RISSE, Daniela ENGELMANN-MARTIN, Identity Politics and European Integration: The Case of Germany, in: Anthony PAGDEN (Hg.), The Idea of Europe. From Antiquity to the European Union, Cambridge 2002, S. 287–316. Vgl. hierzu auch Reiner MARCOWITZ, Idealistische Aussöhnung oder realistische Machtkalkül? Eine (Forschungs-)Bilanz der Frankreichpolitik Konrad Adenauers 1949–1963, in: Klaus SCHWABE (Hg.), Konrad Adenauer und Frankreich 1949–1963. Stand und Perspektiven der Forschung zu den deutsch-französischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2005, S. 14–39 (S. 34–37).

108 Vgl. Timothy GARTON ASH, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München, Wien 1993; Peter BENDER, Die »Neue Ostpolitik« und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995; Fraser J. HARBUTT, The Cold War Era, Malden, MA, Oxford 2002; Winfried LOTH, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998; Gottfried NIEDHART, Revisionistische Elemente und die Initiierung friedlichen Wandels in der neuen Ostpolitik 1967–1974, in: GG 28 (2002) S. 233–266; SOUTOU, Guerre (wie Anm. 13).

109 Vgl. Archie BROWN, The Gorbachev Factor, Oxford 1996 und Manfred HILDERMEIER, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Untergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 1019–1052.

ist¹¹⁰. Offensichtlich gibt es auch Zäsuren in der internationalen Politik, die über bloße ereignisgeschichtliche Einschnitte hinaus- und mit tiefgreifenden Einstellungs- und Verhaltensänderungen der beteiligten Akteure einhergehen. Insofern ist Schroeders Feststellung bezüglich der Entwicklung 1813–1815 keineswegs nur eine einmalige Episode, sondern hat tatsächlich eine modellhafte Bedeutung. Der Erkenntnisgewinn dieses heuristischen Prinzips schwankt indes stark, je nachdem auf welche konkrete historische Konstellation und Situation es angewendet wird. Auf jeden Fall belegt der anregende Sammelband die andauernde Gültigkeit eines breit verstandenen systemischen Ansatzes für die Erforschung der internationalen Beziehungen.

Was bei Krüger/Schroeder nur noch am Rande angesprochen wird – die Entwicklung nach 1945 – behandelt das Buch von Jost Dülffer über »Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991« schwerpunktmäßig¹¹¹. Es ersetzt jenen Band, den Andreas Hillgruber 25 Jahre vorher zum Thema »Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit« für den seinerzeit im Aufbau begriffenen Oldenbourg Grundriß der Geschichte beisteuerte¹¹². Der Kölner Historiker setzte damals die Zäsuren Kriegsende und Ende der »Epoche der Weltkriege« (Karl Dietrich Erdmann), von der sich Mitte der 1960er Jahre jene Gegenwart abhob, der sich Hillgruber damals noch selber zugehörig fühlte. Seine Darstellung resümierte souverän die ereignisgeschichtliche Entwicklung im Europa der beiden ersten Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs; der Forschungsüberblick mußte notgedrungen relativ knapp ausfallen, denn »die Geschichte Europas nach 1945 [war] erst verhältnismäßig spät zum Gegenstand historischer Forschung geworden«¹¹³. Immerhin konnte der Autor bereits unterschiedliche Thesen zum Ausbruch des Kalten Krieges – traditionelle, revisionistische sowie postrevisionistische – und auch die Kontroverse um die »Stalin-Noten« vom März 1952 diskutieren.

Im Gegensatz zur damals überschaubaren Faktenfülle und Forschungsliteratur drohte Dülffer geradezu ein *embarras de richesse*: Nicht nur, daß die Epoche des Ost-West-Konflikts mittlerweile im vollen Umfang von fast einem halben Jahrhundert abgeschlossen vor uns liegt, auch die einschlägigen Forschungsergebnisse sind mittlerweile kaum noch zu überblicken. Doch diese Herausforderungen hat der Verfasser sehr gut gemeistert: Die Faktenmasse bekommt er in den Griff, indem er radikal auswählt und – noch stärker als Hillgruber – weniger die einzelstaatliche Entwicklung als vielmehr den Kontinent insgesamt in den Blick nimmt. Sein erkenntnisleitendes Interesse gilt vor allem der Durchsetzung unterschiedlicher Integrationsmuster in Europa sowie der sich hieraus ergebenden Konflikte im Zuge des Ost-West-Konflikts. Dementsprechend stellt er im Anschluß an seine Darlegung der Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg – dem Ende Europas als der »Vormacht der Welt« (Theodor Schieder), vor allem bedingt durch den »Zivilisationsbruch« (Dan Diner) der nationalsozialistischen Herrschaft – das Ost-West-Verhältnis zwischen 1948 und 1962 – »von Berlin-Krise zu Berlin-Krise« – dar, um dann vor diesem Hintergrund die Herausbildung zweier Integrationsräume in West- und Osteuropa mit ihrer gänzlich unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Qualität und Philosophie zu erläutern: Im Westen ein amerikanisch geführtes »Empire by invitation« (Geir Lundestad) neuen Zuschnitts, das auf der freiwilligen Orientierung der kleineren Partner an der attraktiven Vormacht USA sowie auf der Überzeugungskraft der sich sukzessive einstellenden ökonomischen und politischen

110 Vgl. Andreas HILLGRUBER, *Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler*, Düsseldorf 1971 und DERS., »Revisionismus« – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: HZ 237 (1983) S. 597–621.

111 DÜLFFER, *Europa* (wie Anm. *).

112 Andreas HILLGRUBER, *Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945–1963*, München, Wien 1979.

113 *Ibid.*, S. 109.

Vorteile der Integration beruhte. Im Osten hingegen eine klassische sowjetische Hegemonie, die auf massiver militärischer Kontrolle, politischen Pressionen und wirtschaftlicher Abhängigkeit beruhte. Dieses System funktionierte ungeachtet seiner fehlenden Attraktivität solange, wie die Logik der nuklearen Abschreckung den gegenseitigen Respekt der Einflußzonen sicherte und nach innen disziplinierte. Das ermöglichte im Entspannungszeitalter der Jahre 1962 bis 1979 vorübergehend sogar die Schaffung »neuer Sicherheitsstrukturen in Europa«. Indes wurde diese Entwicklung durch den letzten – den »dritten« – Kalten Krieg seit 1979 obsolet, der in die Auflösung des Ostblocks Ende der 1980er Jahre mündete, in dessen Folge auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten gelang. Es zeichnet den Band aus, daß er in einem Kapitel auch das Verhältnis zwischen Europa und der außereuropäischen Welt behandelt – sowohl im Hinblick auf die Dekolonisationsbestrebungen nach dem Zweiten Weltkrieg als auch unter dem Gesichtspunkt eines neuen Nord-Süd-Verhältnisses seit den 1960er und 1970er Jahren.

Ebenso überzeugend wie die Ereignisgeschichte resümiert Dülffer die disparate Forschung: Die verschiedenen Ansätze zur Erklärung des Ost-West-Konflikts sowie von dessen unterschiedlichen Etappen werden ebenso berücksichtigt wie die Geschichte der westeuropäischen Integrationsforschung – diese sowohl in ihrer traditionellen Variante der europapolitischen Analyse als auch in der jüngeren Spielart einer Untersuchung sozialhistorischer Konvergenzprozesse oder nach Maßgabe der jüngsten Hinwendung zur Frage nach der Entstehung europäischer Identitäten – und die erst in den letzten Jahren erschöpfend quellengestützten Darstellungen zur Herausbildung des Ostblocks. Ein umfassendes Quellen- und Literaturverzeichnis rundet den Band ab, der alles in allem nicht nur ein hilfreiches informatives Nachschlagewerk ist, sondern auch eine anregende Studie über das Europa in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die der Forschung neue Anstöße vermitteln kann.

Zieht man nach Durchsicht verschiedener Neuerscheinungen zum Themenbereich ein Fazit des state of the art der Geschichte der internationalen Beziehungen, fällt der Eindruck zwiespältig aus: Zweifellos ist die entsprechende Buchproduktion ermutigend und die neue Vielfalt methodischer Zugänge samt deren wissenschaftlichem Ertrag überzeugend. Die Internationalen Beziehungen haben sich an Haupt und Gliedern reformiert. Traditionell diente die entsprechende Historiographie als Zuträgerin des jeweiligen Nationalbewußtseins. Insbesondere die alte Diplomatiegeschichte war in der Regel nationale, ja nationalistische Legitimationswissenschaft, einseitig orientiert an der Raison des eigenen Staats und oft genug Lieferantin herkömmlicher Freund-/Feind-Bilder. Hingegen zeichnet sich gerade die aktuelle Wiederbesinnung auf die Erforschung der internationalen Beziehungen – neben vielen anderen erfreulichen methodischen Weiterungen – durch eine starke »Europäisierung« aus, welche die eigene nationale Entwicklung in den europäischen Kontext stellt, und selbst das ehrgeizige Ziel einer Geschichte der Globalisierung ist anvisiert und wird zumindest partiell auch bereits angegangen.

Überdies haben die Internationalen Beziehungen – gleich welchen methodischen und thematischen Zuschnitts – offensichtlich Konjunktur und vielleicht sogar Zukunft. Letzteres wird jedoch stark davon abhängen, ob die von allen Beteiligten vollmundig angekündigte und theoretisch begründete Offenheit zu Diskussion und Kooperation auch tatsächlich umgesetzte Forschungspraxis wird. Hier gibt es Anlass zur Skepsis und Anzeichen dafür, daß der vermeintlich überwundene »Dialog der Taubstummen«¹¹⁴ in allenfalls verän-

114 Wilfried LOTH, Einleitung, in: DERS., OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. VIII mit Bezug auf den »Primat«-Streit der 1960/1970er Jahre. Vgl. Friedrich KIESSLING, Der »Dialog der Taubstummen« ist vorbei. Neue Ansätze in der Geschichte der internationalen Beziehungen des 19. und 20. Jahrhunderts, in: HZ 275 (2002) S. 651–680.

derter Form doch noch fortlebt. Die durchaus natürliche Tendenz, die Originalität des eigenen Ansatzes und die Relevanz der selber gewonnenen Ergebnisse zu betonen, verführt leider manchmal doch wieder dazu, die vermeintliche Irrelevanz und Traditionalität anderer Methoden und Themen zu behaupten. Knappe Ressourcen und eine daraus resultierende erbitterte Auseinandersetzung um Forschungsgelder und Stellen fördern diese Tendenz zum »Kampf um Paradigmenhegemonie«¹¹⁵ noch. In puncto Erkenntnisgewinn – um den es Wissenschaft primär gehen sollte – ist dies eine Sackgasse: Wissenschaftlicher Fortschritt ist kein Nullsummenspiel, in dem der Gewinn eines Ansatzes nur mit dem Verlust eines anderen einhergehen kann.

Vielmehr muß das Ziel einer modernen Erforschung internationaler Beziehungen die Vernetzung unterschiedlichster Ansätze – auf jeden Fall intrafachlich und wo immer möglich interdisziplinär – sein. Nicht ein Ansatz eröffnet den Weg zur historischen Erkenntnis, sondern nur die Summe verschiedener Zugangsweisen. Komplexe historische Situationen – gerade im Bereich der internationalen Beziehungen mit der hier anzutreffenden Vielzahl nationaler und transnationaler Akteure – erfordern differenzierte methodische und thematische Vorgehensweisen. Dementsprechend sollten unterschiedliche »Schulen« der Internationalen Beziehungen miteinander kommunizieren und kooperieren. Noch ist nicht ausgemacht, ob Thomas Kuhns pessimistische Annahme von der Unmöglichkeit der Verständigung zwischen Anhängern verschiedener Paradigmen für alle Wissenschaften gleichermaßen zutrifft¹¹⁶ oder ob unterschiedliche wissenschaftliche Weltbilder nicht komplementär wirken können – zumindest in einer geisteswissenschaftlichen Disziplin wie der Geschichtswissenschaft, deren Vertretern die relativierende Bedeutung der jeweiligen Standortgebundenheit für die eigene Arbeit geläufig und deren Ziel deshalb zwar nicht die inhaltliche Beliebigkeit, wohl aber die analytische Multiperspektivität sein sollte. In der gemeinsamen Arbeit an konkreten Fallbeispielen könnte das jeweilige Mischungsverhältnis der unterschiedlichen historischen Faktoren eruiert und damit die Validität des einen oder des anderen Ansatzes jeweils ausgelotet werden. Die Jahrzehnte vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit ihrem Januskopf – wachsender politischer Nationalismus einerseits, zunehmende transnationale Verflechtung und Herausbildung einer übernationalen Zivilgesellschaft andererseits – wären hierfür prädestiniert. Eine derart aufgeschlossene und diskussionsfreudige historische Teildisziplin Internationale Beziehungen könnte vielleicht auch einer neuen Wissenschaftskultur zum Durchbruch verhelfen, die dringend geboten erscheint angesichts der national wie international konstatierten »Krise der Geschichte«¹¹⁷, deren Symptome nicht nur institutionelle Unzulänglichkeiten, sondern auch eine geradezu inflationäre methodische Zersplitterung bei gleichzeitiger wachsender intrafachlicher Sprachlosigkeit und in der Folge eine sinkende gesellschaftliche Relevanz sind.

115 Wilfried LOTH, Einleitung, in: DERS., OSTERHAMMEL (Hg.) (wie Anm. 1) S. VIII.

116 Thomas S. KUHN, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a. M. 21976.

117 Andreas FAHRMEIER, Zur »Krise« der Geschichte. Anmerkungen zu einer aktuellen Diskussion, in: HZ 276 (2003) S. 562–579. Vgl. Lynn HUNT, Has Professionalism Gone Too Far?, in: Perspectives. Newsmagazine of the American Historical Association 40/2, February 2002, S. 57.